Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, bei keiner Post am Ort. Mk. 3.24.

Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 32. Freitag, den 7. Februar 1908. 19. Jahrgang.

Preußische Steuerfragen.

Hinter der Erörterung der Finanzlage des Reiches ist die Frage der preußischen Steuererhöhung ungebührlich zurückgetreten. Nach den Darlegungen des Finanzministers von Rheinbaben, die in diesem Punkte von niemanden widerlegt worden sind, macht allein die Gehaltserhöhung für Beamte, Geistliche und Lehrer im nächsten Rechnungsjahr 1908 in Preußen eine dauernde Mehreinnahme von mindestens 95 Millionen Mark jährlich notwendig. Nach der ganzen Lage der Dinge können als Steuerquellen nur die Einkommensteuer und die sogenannte Ergänzungssteuer (Vermögenssteuer) in Frage kommen. Die Einkommensteuerpflicht beginnt in Preußen mit einem Einkommen von [illegible] Im Jahre 1896 sind durch die Einkommensteuer 201 Millionen Mark aufgebracht worden. Es könnte demnach den Anschein haben, als ob eine einfache Erhöhung des Steuersatzes um die Hälfte genügen würde, die notwendig gebrauchten 95—100 Millionen Mark aufzubringen. Eine solche Lösung wäre den Vertretern des Besitzes sicherlich die angenehmste, muß aber im Interesse der Minderbemittelten entschieden bekämpft werden.

Von den deutschen Einkommensteuersystemen ist das preußische nicht gerade das schlechteste; aber es birgt doch eine unendliche Masse von Ungerechtigkeiten in sich, die längst nicht genügend bekannt sind. Namentlich entspricht es nicht den Anforderungen, die an eine gerechte Verteilung der Steuerlast nach der Richtung hin zu stellen sind, daß die finanziell schwächeren Schultern geringer, die finanziell stärkeren aber höher zu belasten sind. Man sagt zwar, das preußische Steuersystem sei progressiv, das heißt mit wachsendem Einkommen steige auch die Steuerlast. Das ist jedoch nur in sehr bedingtem Maße zuzugeben. Abgesehen davon, daß die Besteuerung der großen Einkommen überhaupt nicht über 4 vom Hundert hinausgeht — eine Einschränkung, für die keinerlei vernünftige Gründe beigebracht werden können — ist auch die Steigerung des Steuersatzes bei den kleineren und mittleren Einkommen keineswegs einwandsfrei. Der Statistiker Neuhaus handelt darüber in einem lesenswerten Aufsatz in der „Sozialen Kultur“, dem wir eine Reihe von tatsächlichen Angaben entnehmen. Die Zunahme des Steuersatzes von der untersten Einkommenstufe bis zu derjenigen von über 9500—10,500 Mark (26. Stufe) ist durchaus nicht gleichmäßig, vielmehr sehr unregelmäßig. Das Bemerkenswerte dabei ist, daß die Zunahme des Prozentsatzes bei den Einkommen von über 4500 bis 10,500 Mk. erheblich geringer ist, als bei den geringeren Einkommen. Um die Sache ganz klar zu machen, bringen wir hier eine Uebersicht der Einkommenstufen, der Steuersätze, des Steuerfußes in Prozenten des mittleren Einkommens und der Zunahme des Steuerfußes beim Uebergang von einer unteren in die obere Stufe:

	Einkommenstufen von über Mk.	bis Mk.	Steuersatz Mk.	Steuerfuß v. H. des mittl. Einkommens	Zunahme des Steuerfußes in Proz.
1.	900	1050	6	0,62	—
2.	1050	1200	9	0,80	0,18
3.	1200	1350	12	0,94	0,14
4.	1350	1500	16	1,12	0,16
5.	1500	1650	21	1,33	0,21
6.	1650	1800	26	1,51	0,18
7.	1800	2100	31	1,59	0,08
8.	2100	2400	36	1,60	0,01
9.	2400	2700	44	1,73	0,13
10.	2700	3000	52	1,82	0,09
11.	3000	3300	60	1,90	0,08
12.	3300	3600	70	2,03	0,13
13.	3600	3900	80	2,13	0,10
14.	3900	4200	92	2,27	0,14
15.	4200	4500	104	2,39	0,12
16.	4500	5000	118	2,48	0,09
17.	5000	5500	132	2,51	0,03
18.	5500	6000	146	2,54	0,03
19.	6000	6500	160	2,56	0,02
20.	6500	7000	176	2,61	0,05
21.	7000	7500	193	2,65	0,04
22.	7500	8000	212	2,74	0,09
23.	8000	8500	232	2,81	0,07
24.	8500	9000	252	2,88	0,07
25.	9000	9500	276	2,98	0,10
26.	9500	10500	300	3,00	0,02

Es ergibt sich also folgendes: Die Stufen nehmen nicht gleichmäßig zu. Die Einkommenstufen von 1 bis 6 steigen nämlich um je 150 Mark, die von 7 bis 15 um je 300 Mark, die von 16 bis 25 um je 500 Mark und die von 25 bis 26 um 1000 Mark. Die geringste Zunahme findet sich aber zwischen den bis jetzt behandelten zwei höchsten Einkommenstufen; sie beträgt nur 0,02 Hundertteile, während die Zunahme von der ersten bis sechsten Stufe, bei denen nur ein Gesamtabstand von 750 Mark besteht, 0,89 Hundertteile ausmacht. Zwischen der 7. und 15. Gruppe stellt sich der Abstand auf 2400 Mark, die Zunahme des Hundertsatzes vom Steuersatze auf 0,80 Hundertteile, zwischen Gruppe 16 und 25 der Abstand auf 4500 Mark, die Zunahme des Hundertsatzes auf nur 0,50 Hundertteile. Noch klarer wird dieses Mißverhältnis der Zunahme des Steuersatzes zu der Steigerung des Einkommens, also der Steuerfähigkeit, durch folgende Berechnung. Auf je 100 Mark höheren Einkommens kommt zwischen den Gruppen 1 bis 6 eine Zunahme des Steuersatzes von 0,125 Hundertteilen, zwischen den Gruppen 16 bis 25 eine solche von 0,0111 Hundertteilen und zwischen der 25. und 26. Gruppe gar nur eine solche von 0,002 Hundertteilen.

Die Sache wird aber in den höheren, hier noch nicht behandelten Einkominenstufen weit schlimmer. Während von einem Einkommen von 900 bis 1050 Mark im Mittel 0,62 v. H. Steuern zu zahlen sind und dieser Steuerhundertsatz in den weiteren Einkommenstufen bis zu derjenigen von 10,500 Mark auf 3,00 steigt, bleibt er bei den Einkommen von 10,500 bis 30,500 Mark auf diesem Satze stehen. Das ist, als ob die Steuerkraft der Personen mit Einkommen zwischen diesen Grenzen — der Spielraum stellt sich auf 20,000 Mark — mit dem höheren Einkommen sich verhältnismäßig gar nicht verändert, während in den Einkommengruppen zwischen 900 bis 10,500 Mark — Spielraum 9600 Mk. — sich die Steuerkraft von 0,62 v. H. des Einkommens auf 3,00 v. H. erhöht. Bei den Einkommen von 30,500 Mark bis 100,000 Mark wächst alsdann der Steuersatz allmählich von 3,00 v. H. des Einkommens auf 4,00 v. H., das heißt auf je 100 Mark um 0,000144 Hundertteile. Bei den Einkommen von über 100,000 Mark steigt der Steuerhundertsatz überhaupt nicht mehr; es erhöht sich sogar der Steuerbetrag bei den höheren Einkommen von über 100,000 Mark erst mit je 5000 Mark weiteren Einkommen, sodaß also zum Beispiel bei einem Einkommen von 104,000 Mark (ebenso wie bei 100,000.01 Mark) die Steuer 4000 Mark, also nur 3,85 v. H., nicht 4,00 v. H. ausmacht. So ist der bei einem gerechten Steuergesetze niemals außer Acht zu lassende Grundsatz der verhältnismäßigen Verteilung des gesamten Steueraufkommens nach der Leistungsfähigkeit nur in ganz rohen Linien eingehalten worden.

Es werden in den einzelnen Haupteinkommengruppen an Steuer aufgebracht:

bei den Zensiten mit Einkommen von über Mark	bis Mark	überhaupt Mark	vom Hundert des Gesamtsolls Mark
900	3,000	60,446,178	30,01
3,000	5,000	30,895,488	15,30
6,000	9,500	18,183,890	9,03
9,500	30,300	34,687,470	17,22
30,500	100,000	27,082,840	13,45
100,000	—	30,124,200	14,96
	Zusammen	201,420,066	100,00

Neuhaus empfiehlt eine Ausgleichung in der Steigerung des Steuersatzes und eine Erhöhung der Einkommensteuer bei den großen Einkommen mindestens bis auf fünf Prozent. Daß uns diese Vorschläge nicht genügen, ist hinreichend bekannt. Wir haben aber noch nicht nötig, uns über die Steuersorge der preußischen Regierung den Kopf zu zerbrechen.

Indessen auf etwas müssen wir hinweisen, was in der Studie des erwähnten Statistikers gern außer Acht blieb, nämlich der Umstand, daß die verhältnismäßig am leichtesten getroffenen Steuerträger in Preußen dank des schmählichen Dreiklassenwahlrechts die meisten politischen Rechte haben; und zwar suchen sie immer diese bevorzugte Stellung mit dem Hinweis zu rechtfertigen, sie seien die eigentlichen Träger der Staatslasten, und ihre hohen Pflichten bedingten ihre hohen Rechte. Offenbar kann da-

Jack.

Roman von Alphonse Daudet.
Einzig autorisierte Uebersetzung.

56] (Nachdruck verboten.)

Er aber, als ob er begriffe, was diese Umarmungen an Schande, Ungewißheit, Schrecken bedeckten, er entzog sich ihnen und eilte zur Treppe.

„Komm', Mama, gehen wir hinunter. Ich will ihm sagen, daß ich einwillige.“

Unten saßen die Deklassierten noch bei Tisch. Alle waren überrascht von der ernsten und entschlossenen Miene, mit welcher Jack eintrat.

„Ich bitte Sie um Verzeihung“, sagte er zu d'Argenton. „Ich hatte Unrecht, Ihr Anerbieten vorhin abzulehnen. Ich nehme es jetzt an und danke Ihnen.“

„Das ist brav, mein Kind“, sagte der Dichter feierlich. „Ich zweifelte nicht daran, daß die Ueberlegung Deinem Widerstande folgen würde. Ich sehe mit Freuden, daß Du die Wohlgemeintheit meiner Absichten begreifst. Danke unserem Freunde Labassindre, denn ihm schuldest Du dies Glück. Er hat Dir die Zukunft weit geöffnet.

Der Sänger reichte ihm seine dicke Tatze dar, in welcher Jacks kleine Hand verschwand.

„Schlag' ein, Stockfisch“, rief er ihm zu, indem er ihn mit Affektation so behandelte, als ob sie zwei alte Kameraden wären, die in derselben Werkstatt, an denselben Stücken arbeiteten; und von dem Augenblick an bis zur Abreise sprach er zu ihm nur noch in jenem vertraulichen Ton, welchen die Arbeiter untereinander wie ein Genossenschaftsband führen.

Während dieser letzten acht Tage schweifte Jack nur im Gehölz und auf den Straßen umher. Er empfand fast noch mehr Verwirrung und Unruhe als Traurigkeit; und von Zeit zu Zeit prägte der Gedanke an die kürzlich übernommene Verantwortlichkeit seinem hübschen Gesicht einen ungewohnten Ausdruck auf, jenes Runzeln der Brauen, welches bei jungen Wesen die Willensanstrengung bekundet. Er war jetzt der gealterte Jack. Er suchte all' seine Lieblingsplätze wieder auf, gleich wie ein Mann die Pilgerschaft seiner Kindheit mit kleinen Schritten machen würde.

Ah, die Mutter Salzfleisch mochte ihm immerhin von ferne drohen, mochte ihm immerhin auf den Fersen nachfolgen, der gealterte Jack fürchtete sie nicht mehr und fühlte sich versucht, ihr das Reisigbündel fortzunehmen. Aber den größten Kummer verursachte es ihm, daß er nicht zu den Rivals gehen und Cäcilien Lebewohl sagen konnte.

„Steh', mein Jack, nach dem Auftritt, welchen die Herren mit einander gehabt, würde sich das nicht schicken,“ wiederholte Charlotte auf alle Bitten ihres Sohnes.

Endlich, am Tage vor seiner Abreise, erlaubte d'Argenton in der hämischen Freude seines Triumphes, daß das Kind seine Freunde besuchte, um Abschied zu nehmen. Es langte Abends bei ihnen an. Niemand war in der Vorhalle, Niemand in der Apotheke, deren Jalousien geschlossen waren. Nur ein Lichtstreif drang aus der Bibliothek, der sogenannten Bibliothek, einem riesigen Lagerraum, vollgepfropft mit Wörterbüchern, Atlanten, medizinischen Werken und großen, rotrückigen Bänden der Panckoucke'schen Sammlung.

Der Doktor war dort und eifrig damit beschäftigt, eine Bücherkiste zu packen.

„Ah, da bist Du ja“, sagte er zu dem Kinde; ich war fest überzeugt, daß Du nicht abreisen würdest, ohne mir Lebewohl zu sagen. Sie wollten Dich nicht gehen lassen, nicht wahr? Ich bin auch etwas schuld daran. Ich war zu heftig. Meine Frau hat mich tüchtig ausgescholten. Da fällt mir ein, Du weißt doch, daß sie gestern mit der Kleinen abgereist ist? Ich habe sie in die Pyrenäen geschickt, um einen Monat bei meiner Schwester zu verbringen. Die Kleine war ein wenig unwohl. Ich hatte die Dummheit begangen, ihr Deine Abreise plötzlich, ohne Schonung mitzuteilen. Ja, ja, die Kinder! Man glaubt, daß sie nicht so klar empfinden, und doch haben sie ebenso heftigen Kummer wie Unsereiner.

Er sprach mit Jack, wie mit einem Manne. Alle Welt sprach jetzt mit ihm, wie mit einem Manne; und doch, — bei dem Gedanken, daß seine kleine Freundin um seinetwillen unwohl gewesen, und daß er abreisen würde, ohne sie zu sehen, fühlte der gealterte Jack sich versucht, wie ein Kind zu weinen.

Er betrachtete die ausgebreiteten Bücher, den großen, traurigen Raum, welcher durch einen auf dem Tischrande neben dem Grog des Doktors und der Rumflasche stehenden Wachsstock nur schlecht beleuchtet war; denn Herr Rivals benutzte die Abwesenheit seiner Gattin, um zu seinen Seemannsgewohnheiten zurückzukehren. Auch hatte der gute Mann leuchtende Augen und eine seltsame Erregtheit, all' seine Bücher zu durchwühlen, indem er von ihrem roten Schnitt den Staub blies und eine ganze Ecke seiner Bibliothek in die offene Kiste zu seinen Füßen entleerte.

„Weißt Du, Kleiner, was ich da mache?“

„Nein, Herr Rivals.“

„Ich suche Bücher für Dich aus, gute, alte Scharteken, die Du mitnehmen und lesen wirst, hörst Du, lesen wirst, so bald Du eine freie Minute hast. Erinnere Dich, mein Kind, daß die Bücher unsere wahren Freunde. Man kann sich in den großen Leiden des Lebens an sie wenden und ist stets sicher, sie zu finden. Ich wenigstens würde ohne meine Scharteken, bei dem Unglück, das mich betroffen, schon lange nicht mehr da sein. Schau' diese Kiste, Kleiner. Da ist eine gehörige Auswahl d'rin, nicht wahr? Ich bürge Dir nicht dafür, daß Du sie jetzt schon alle verstehen wirst. Aber das macht nichts aus, Du mußt sie lesen. Selbst diejenigen, welche Du nicht verstehst, werden Dir Licht im Geiste zurücklassen. Versprich mir, sie zu lesen.“

„Ich verspreche es Ihnen, Herr Rivals.“

„So, nun ist die Kiste gepackt. Kannst Du sie mitnehmen? Nein, sie ist zu schwer. Ich werde sie Dir morgen hinüberschicken. Komm' her, damit ich Dir Lebewohl sage.“

Und der brave Mann nahm seinen Kopf zwischen seine breiten Hände und umarmte ihn zwei oder drei Mal sehr kräftig.

„Das ist für mich und das ist für Cäcilie“, setzte er mit seinem gütigen Lächeln hinzu, und während er die Tür wieder schloß, hörte Jack ihn murmeln: „Armes Kind! Armes Kind!“

Das war wie zu Vaugirard bei den Priestern. Nur wußte Jack jetzt, weshalb man ihn bedauerte.

Am anderen Morgen hatte die Abreise das Erlenhäuschen in große Aufregung versetzt.

Man lud das Gepäck auf den an der Pforte harrenden Karren. Labassindre, in außergewöhnlicher Haltung, als ob er zu einer Expedition quer durch die Pampas abreiste, in hohen Stulpenstiefeln, grüner Sammetweste, spanischem Strohhut, lederner Umhängetasche, ging und kam und gab seinen Ton zum Besten. Der Dichter war gleichzeitig ernst und strahlend; ernst, weil er sich in der Erfüllung einer menschenfreundlichen, sozialen Verrichtung fühlte; strahlend, weil diese Abreise ihn außerordentlich erfreute. Charlotte umarmte Jack wieder und immer wieder und sah nach, ob ihm nichts fehlte.

Nein, es fehlte ihm nichts. Er war für einen Arbeiter sogar zu gut ausgestattet, sein Abendmahlskostüm saß zu eng gespannt und plagte ihn mit jenem Mißgeschick aller schnell Wachsenden, welche in ihrer Jugend verurteilt sind, von allzu kurzen Kleidern gedrückt zu werden.

„Sie werden gut für ihn sorgen, Herr Labassindre?“

„Wie für meinen Ton, gnädige Frau“.

„Jack!“

„Mama!“

Eine letzte Umarmung. Charlotte schluchzte. Das Kind dagegen ließ seine Erregung nicht sehen. Der Gedanke, daß er für seine Mutter arbeiten würde, machte ihn mutig, diesen gealterten Jack. Am Ende des Weges drehte er sich um, um den Wald, das Haus, die Umzäunung und das ihm durch Tränen zulächelnde Frauengesicht noch einmal zu sehen und seinen Augen tief einzuprägen.

„Schreib' uns oft, mein Jack“, rief die Mutter ihm nach.

Und der Dichter mit Feierlichkeit:

„Jack, erinnere Dich. Das Leben ist kein Roman.“

Das Leben ist kein Roman; aber für diesen Elenden war es wohl einer.

Man mußte ihn nur auf der Schwelle seines kleinen inschriftgeschmückten Hauses sehen, wie er sich an seine Charlotte lehnte, mitten unter den Rosenstöcken der Vorderseite, in einer anmaßenden Stellung, nicht unähnlich der Lithographie einer Romanze, und so [illegible] von befriedigter Selbstsucht, daß er darüber seinen Haß vergaß und dem Kinde, welches er soeben hinausgestoßen, mit der Hand ein väterliches und segnendes Lebewohl nachwinkte.

(Fortsetzung folgt.)

von keine Rede sein. Die Sache ist vielmehr umgekehrt die, daß in Preußen die Minderbemittelten verhältnismäßig viel mehr zu den Staatslasten beitragen, als die Reichen und Reichsten. Also nicht einmal der phrasenhafte Grund „höhere Pflichten, höhere Rechte“ ist stichhaltig.

Politische Uebersicht.

Das Finanz-Komplott der Reichstagsmehrheit. Zwischen Vertretern der verbündeten Regierungen und hervorragenden Mitgliedern der bürgerlichen Reichstagsfraktionen hat am Dienstag Abend eine Besprechung stattgefunden, über dessen Ergebnisse recht überraschende Nachrichten verbreitet werden. Man soll sich dahin geeinigt haben, die Frage der Reichsfinanzreform endgiltig bis zum nächsten Herbst zu vertagen, das Gesetz über die Erhöhung der Beamtengehälter aber dem Reichstag binnen drei Wochen vorzulegen. Die Mehrausgaben, die aus der Erhöhung der Beamtengehälter entstehen, sollen durch eine — Anleihe gedeckt werden.

Das Reich kann also gar nicht mehr aus laufenden Mitteln seine Beamten anständig bezahlen: es soll zu diesem Zwecke einen Pump anlegen! Es entspricht den Grundsätzen einer gesunden Finanzpolitik, dauernde ordentliche Ausgaben aus dauernden ordentlichen Einnahmen zu decken. Soweit solche vom Reiche aus Eigenem nicht zu beschaffen sind, kommen die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten in Betracht. Eine „Lösung“ der Finanzfrage, wie sie auf jener Konferenz beschlossen worden sein soll, ist, soweit wir uns erinnern, in neuerer Zeit außerhalb der Türkei und Portugals noch nicht versucht worden.

Noch bezeichnender als die Nachricht selbst ist die Begründung, die ihr auf den Weg mitgegeben wird. Man braucht die Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Beamtengehälter im Reiche, weil man in Preußen eine ähnliche Vorlage braucht; dort aber braucht man sie, weil die Landtagswahlen vor der Türe stehen. Es ist nicht Menschenfreundlichkeit, nicht soziales Empfinden, das die Herren antreibt, die Beamtengehälter durch hinzugepumpte Einnahmen aufzubessern, sondern es handelt sich darum, die preußische Wahlmache der Regierung zu unterstützen.

Hierzu gesellt sich die Nachricht von einem nicht minder interessanten Kompromiß in der Frage der Herabsetzung der Zuckersteuer, das auf jener Konferenz zustande kam. Der in der Kommission bereits mit allen gegen die Stimmen der Freisinnigen angenommene Antrag, die Zuckersteuer von 14 Mark auf 10 Mark herabzusetzen, soll wieder umgeworfen werden. Die Regierungsvorlage zur Zuckerkonvention soll ohne Zusatz angenommen, und außerdem ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Zuckersteuer auf 10 Mark herabsetzt — aber erst von dem Zeitpunkte ab, zu welchem die erforderlichen Ersatzeinnahmen beschafft sein werden.

Man hat die Flottenvorlage, die Mehrforderungen des Heeres bewilligt, ohne sich um die Deckungsfrage auch nur im geringsten zu bekümmern. Man will wegen der preußischen Landtagswahlen die Beamtengehälter erhöhen und die hierdurch entstehenden Mehrausgaben durch Pump zu decken. Wo es sich aber darum handelt, ein unentbehrliches Nahrungs- und Genußmittel der breiten Massen durch eine geringe Steuerherabsetzung um etwas zu verbilligen — da erwacht plötzlich das finanzpolitische Gewissen der Reichstagsmehrheit, da heißt es: erst nehmen, dann geben!

Die Verantwortung für dieses Treiben würde, wie es scheint, allen bürgerlichen Parteien zufallen, da auch das Zentrum an der erwähnten Konferenz teilgenommen hat. Am Mittwoch Abend sollten dann die zum Wohle des Volkes gefaßten Beschlüsse auf einem Diner bei Bülow gehörig gekittet werden; auch hier heißt es, „die Vertreter der bürgerlichen Parteien“ seien hierzu eingeladen worden. Ist nun auch das Zentrum dem „Block“ beigetreten? Ist der Freisinn heute schon überflüssig?

Die Verkuppelung der Zuckersteuerherabsetzung mit der Reichsfinanzreform läßt noch weitere Bedenken bezüglich der neuen Steuern auftauchen. Soll diese anscheinend volksfreundliche Herabsetzung etwa als Schleppdampfer für die Zigarren- und Branntwein-Lasten benutzt werden? Der Gedanke liegt nicht so fern und die Mogelei könnte obendrein mit ethischen Redensarten vom Nahrungsmittel Zucker — und Zerstörungsgift Alkohol verbrämt werden.

Die Landtagswahlen im Juni schon anzusetzen, das soll ein weiterer Wunsch der regierenden Kreise sein, der mit der Verschiebung der Finanzreform im Zusammenhang steht. Die „Kölnische Volkszeitung“ meint: „Der preußische Landtag wird deshalb frühzeitig geschlossen werden, und schon im Juni sollen die Neuwahlen stattfinden. Der neugewählte Landtag soll sehr frühzeitig einberufen werden mit der Absicht, die Beamtenbesoldungsvorlage alsdann mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1908 im Herbst zu erledigen.“ Der Wunsch, im Juni zu wählen, wird in der patriotischen Presse lebhaft geäußert, weil sich unsere Vaterlandstreuen wegen einer solchen Bagatelle die Ferien nicht verderben wollen.

Um das Kriegsheer. Im Reichstage wurde am Mittwoch die Beratung des Militäretats fortgesetzt.

Liebermann v. Sonnenbergs Lorbeeren ließen seinen Fraktionsbruder Voigt nicht schlafen. Hatte Liebermann die Entdeckung gemacht, daß der 30jährige Krieg nicht absichtlich so lange gedauert hat, so erfreute Herr Voigt das Haus mit der funkelnagelneuen Entdeckung, daß die Pferde der menschlichen Sprache nicht mächtig sind. Im übrigen hatte er natürlich durchaus recht, wenn er für gute Behandlung der Militärpferde eintrat; doch mag er zunächst dafür sorgen, daß die Menschen beim Militär besser behandelt werden. Müller-Meiningen scheint etwas verstimmt zu sein. Die gänzlich unmotivierte Säbelrasselei des Sixt von Armin gegenüber dem harmlosen alten Schrader hat denn doch einigermaßen verschnupfend gewirkt und so zahm auch Herr Müller sprach, so wollen schließlich auch bei ihm Opositionstöne durchgehen, denen auch unsere Fraktion beistimmen konnte. Der süddeutsche Volksparteiler Mieland sprach wohlmeinend über eine allfaschings im Zirkus Busch naht. Oldenburg der Januschauer muß sich üben. Er hat seine Generalprobe so gut bestanden, daß man bedauert, ihn immer nur einmal im Jahre seine Rolle im Zirkus Busch spielen zu sehen. Den Jargon der jüttlichen Farbe beherrscht er mit unübertrefflicher Virtuosität und man kann die mit Neid vermischte Bewunderung verstehen, mit der die bürgerlichen Helfershelfer der Junker nach Kreths und Wagners Art zu diesem unerreichlichen Muster emporschauen. Oldenburg selbst ist eine komische Figur; aber dadurch, daß in den stallduftenden Schnoddrigkeiten dieses Parlamentsrüpels die von Europens Höflichkeit nicht übertünchte Herzensmeinung des Junkertums zum Ausdruck kommt, gewinnt sein Auftreten etwas wie politische Bedeutung. — Genosse Zubeil erteilte dem Freunde Bülows die gebührende Antwort. Er forderte ihn auf, nach Lissabon zu gehen und dort für den ausgerissenen Franco den starken Mann weiter zu spielen. Daß die Mißhandlungen fort und fort auf den Kasernenhöfen weiter blühen, wies Genosse Zubeil an zahlreichen ergreifenden Beispielen nach. Hinterher drohte die Debatte, in Kleinigkeiten unterzugehen, die Konrad Haußmann, der süddeutsche Volksparteiler sie wieder auf eine gewisse Höhe erhob. Konrad Haußmann hat sich mehr und mehr zum schwäbischen Eugen Richter entwickelt; aber den Weg zum Wiemer ist er bisher doch noch nicht gegangen. Die schwäbische Demokratie ist immerhin wurzelhafter, als das klägliche Gewäsch norddeutschen Freisinns. Der kraftvolle Ton, in welchem Herr Haußmann auf die Sixtinische Säbelrasselei und die Januschauerliche Dreschflegelei antwortete, erinnerte an die Auf soldateska-Rede, mit der kurz vor der Dernburg-Aera Müller-Sagan dem barschen Kasernenhofton des Deimling entgegentrat. Einems Stellvertreter wußte nur mit belanglosen Redensarten auf den wohlverdienten Rüffel zu erwidern, den ihm der süddeutsche Demokrat erteilt hatte.

Die meisten Resolutionen zum Etat, darunter auch unsere auf Durchführung der Oeffentlichkeit bei Kriegsgerichtsverhandlungen und auf Reform des Militärstrafrechts wurden angenommen, während unsere Resolution auf einjährige Dienstzeit von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt und die Resolution auf Erhöhung der Mannschaftslöhne zurückgestellt wurde. Am Donnerstag Fortsetzung der Beratung des Militäretats.

Bei dem Gesetzentwurf betreffend die Arbeitskammern, dessen Wortlaut wir abzudrucken beginnen, verdient es die größte Beachtung, daß nach dem Entwurf Frauen nicht wählbar sein sollen. Die Arbeitskammern sollen nicht die gesamte Arbeiterklasse umschließen. Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Arbeitskammer sollen die im Handel und Verkehr, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Fischerei und Schifferei, im Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter, Bureau-Angestellte, Gärtner und andere sein. Der Drang nach Zersplitterung der Arbeiterklasse geht soweit, daß nicht einmal alle gewerblichen Arbeiter erfaßt sind. Es sind ausdrücklich die im Handwerksbetriebe beschäftigten Arbeiter ausgenommen!

Höchst mangelhaft ist, wie schon betont, das Wahlrecht, sowohl das passive, wie das aktive. Während man, um zum Beispiel zum Reichstagsabgeordneten gewählt werden zu können, nur 25 Jahre alt zu sein braucht, muß man 30 Jahre alt geworden sein, um für die Arbeitskammer reif zu sein. Auch hierdurch werden viele Zehntausende von tüchtigen, intelligenten Arbeitern von der Mitgliedschaft der Arbeitskammern ausgeschlossen. Der reaktionäre Geist, von dem der Entwurf diktiert ist, zeigt sich in dieser Bestimmung höchst flagrant. Es tritt hier wieder ein Mißtrauen gegen die jüngeren Arbeiter zwischen 21 und 30 Jahren auf (mit 21 Jahren wird jedermann mündig), das auf das soziale Verständnis unserer Bureaukratie ein sehr ungünstiges Licht wirft.

Ebenso ist die Versagung der direkten Wahl kein gutes Zeichen für den sozialen Geist der Urheber des Entwurfes. Nur die Mitglieder der in § 12 näher bezeichneten Arbeiterausschüsse sollen das aktive Wahlrecht haben. Das ist ein Wahlsystem, das an „Schönheit“ mit dem Wahlmännerwahlsystem des famosen preußischen Dreiklassenwahlrechts wetteifert!

Die vorgeschlagene Neuorganisation ist, nach der Ansicht des „Vorwärts“, weit eher als zur Vertretung der Interessen der Arbeiter zur Lahmlegung der Kräfte der Arbeiter-Organisationen geeignet. Der Gesetzentwurf kapituliert vollkommen vor den Scharfmachern. Er gibt ihnen eine Organisation in Anlehnung an die berüchtigten Arbeiterausschüsse des preußischen Berggesetzes, eine neue Schutztruppe der Arbeitgeber gegen die Arbeiter-Organisationen.

Herrn Paasches Pech. Wir haben seinerzeit den außerordentlich interessanten Brief wiedergegeben, den der Vizepräsident des Reichstages, der nationalliberale Abgeordnete Geheimrat Professor Dr. Paasche im Jahre 1906 an einen Parteifreund im Wahlkreise Kreuznach-Simmern gerichtet hatte, und der inzwischen der ultramontanen „Kreuznacher Zeitung“, wie sie sich ausdrückte, „auf den Redaktionstisch geweht“ war. Das Paasche'sche Schreiben, das vor allem für die Dementierungskunst gewisser Herren ungemein bezeichnend ist, lautete:

„Ich habe die Notiz des „Berliner Tageblattes“ über meine Berufung in das Kolonialamt bereits durch die „Nat.-lib. Korrespondenz“ dementieren lassen. Ich darf Ihnen aber persönlich bemerken, daß es vielleicht doch gut ist, dort die Vorbereitungen zum Wahlkampf nicht so weit hinauszuschieben, denn ich bin tatsächlich vom Reichskanzler zur Uebernahme des Unterstaatssekretariats gebeten worden. Die Verhandlungen können natürlich erst zum Abschluß kommen, nachdem die Stelle etatsmäßig bewilligt ist. Meine hiesigen politischen Freunde raten mir freilich zur Ablehnung des Angebots, doch glaube ich, daß man mir gestatten würde, im Parlament zu bleiben — falls mich die Kreuznacher wieder haben wollen. Dies alles zu Ihrer persönlichen Information ganz vertraulich. Sie können sich denken, daß ich jetzt öffentlich nicht die Wahrheit sagen kann.

Ihr ergebener Dr. Paasche.“

Seitdem die „Kreuznacher Zeitung“ diesen Brief veröffentlichte, sind fast zwei Monate vergangen. Jetzt teilt die „Köln. Ztg.“ mit, daß ein Brief dieses Wortlautes dem Präsidenten des Nationalliberalen Vereins, Dr. med. Kühler, aus einer auf seinem Schreibtisch gelegenen Mappe gestohlen worden ist. Auf seinen Antrag hat nunmehr die Staatsanwaltschaft Koblenz Untersuchung gegen Unbekannt wegen Diebstahls eröffnet und in dieser Sache den Reladen lassen. Es ist ja sehr bedauerlich, daß dem Dr. Paasche dies klerikale Unglück zugestoßen ist — aber die Echtheit des Briefes wird jetzt mit dieser Untersuchung zugegeben.

In der Strafsache wider Barth, Gerlach und Genossen wegen Verbreitung liberaler Grundsätze veröffentlicht die freisinnige Fraktionsgemeinschaft folgenden Beschluß:

Die linksliberale Fraktionsgemeinschaft des Reichstages hat Dienstag Abend über innere Angelegenheiten der freisinnigen Parteien verhandelt. Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht, daß ein „Scherbengericht“ abgehalten und die „Ausschließung“ einzelner Politiker, die einer der in der Fraktionsgemeinschaft vertretenen Gruppen angehören, wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten verlangt werden sollte, entspricht nicht dem Sachverhalt. Es wurde über einen Antrag verhandelt, der sich gegen persönlich verletzende Angriffe wendet, die außerhalb des Parlaments von Vertretern einer linksliberalen Partei gegen Mitglieder der Fraktionsgemeinschaft gerichtet worden sind. Es wurde einstimmig beschlossen, die Angelegenheit dem auf Grund der Frankfurter Vereinbarungen eingesetzten gemeinsamen Ausschuß der drei linksliberalen Parteien zu überweisen, der bestimmungsgemäß bei etwa entstehenden Meinungsverschiedenheiten auf eine Vermittelung hinzuwirken hat.

Viel Glück scheint danach der Staatsanwalt Fischbeck und Gendarm Pachnicke bisher nicht gehabt zu haben.

Ueber die Arbeiterpolitik der Eisenbahnverwaltung Preußens und der Reichslande gab es am Mittwoch in der Budgetkommission lebhafte Auseinandersetzungen, die Genossen Böhle, Emmel und Eichhorn setzten dem Eisenbahnminister Breitenbach hart zu. Es wurde dem Eisenbahngewaltigen gesagt, daß er den krassesten Unternehmerstandpunkt vertrete, nicht nur die Arbeitskraft der Angestellten kaufe, sondern ihnen auch die Gesinnung vorschreiben wolle. Uebermäßig lange Dienstzeit der Lokomotivführer und miserable Bezahlung der Arbeiter wurde auch von bürgerlichen Abgeordneten gerügt. Der Minister versicherte kühl, daß er durch alle Angriffe sich nicht davon werde abbringen lassen, seine Unterdrückungsmaßregeln aufrecht zu erhalten. Der Erlaß, durch welchen den Arbeitern der Spediteure das Koalitionsrecht genommen werden sollte, stammt schon von seinem Vorgänger; Breitenbach hat ihn vor ein paar Monaten nur erneuert. Der Anschluß an Organisationen soll auch in Zukunft allen Eisenbahnern streng verboten sein. Dabei versicherte der Minister aber, er lasse den Arbeitern völlige Bewegungsfreiheit. Der Zusammenschluß zu dem Zweck, bessere Arbeitsbedingungen zu bekommen, erscheint Herrn Breitenbach als eine Auflehnung gegen die bestehende Ordnung der Dinge. Daß Vorgesetzte Angestellten und Arbeitern den Besuch von Versammlungen verboten haben, findet er durchaus in der Ordnung, weil in einem Aufruf Bülow als Wahlrechtsräuber bezeichnet worden ist. Seine Angestellten dächten garnicht daran, sich unterdrückt zu fühlen, solche Ansichten müßten ihnen erst aufgedrängt und eingeimpft werden. Wenn er keine Organisation dulde, beuge er damit dem Zusammenbruch des Staates vor, der bezweckt werde, wie Legien auf einem Parteitag ausgeführt habe.

Daß durch ministerielle Verfügung die Gewerbeinspektoren in Preußen angewiesen sind, Eisenbahnwerkstätten nicht mehr zu revidieren, fand ebenfalls eine Verteidigung durch den Minister. Er tut sich etwas darauf zu gute, daß vorläufig in Elsaß-Lothringen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten noch die Eisenbahnwerkstätten betreten dürfen. Als Genosse Emmel seinem Bedauern darüber Ausdruck gab, daß in den Reichslanden die Arbeiter nach preußischem Muster geschuhriegelt werden, wollte der Vorsitzende die Erörterungen über die Wirtschaft Breitenbachs abgebrochen sehen. Die Zentrumsabgeordnete fanden nur ein paar Worte leiser Mißbilligung für Breitenbach. Der konservative Abgeordnete v. Richthofen aber sprach dem Minister seinen Dank für das Vorgehen gegen die Arbeiter aus.

Die Kommission des Reichstags für den Gesetzentwurf betreffend den Unterstützungswohnsitz beschäftigte sich gestern Vormittag mit der vorgeschlagenen Abänderung des § 10 des jetzigen Gesetzes, wonach die Altersgrenze für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes vom 18. auf das 16. Lebensjahr und die erforderliche Abwesenheit für den Verlust des Unterstützungswohnsitzes von zwei auf ein Jahr herabgesetzt ist. Die Sozialdemokraten beantragen zum § 2 des bestehenden Gesetzes die Errichtung größerer Armenverbände für die Provinzen beziehungsweise den Bundesstaat. Zu einer Beschlußfassung kam es nicht.

Immer und immer die arme Landwirtschaft. Das preußische Landes-Oekonomie-Kollegium begann seine Beratungen. Während der Verhandlungen erschien der Landwirtschaftsminister v. Arnim-Criewen und hielt später eine Rede, in der er etwa folgendes ausführte: Ich bedauere, daß es mir nicht früher möglich war, bei Ihnen zu erscheinen. Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß sowohl die Preußische Staatsregierung als auch die Verbündeten Reichsregierungen und der Reichskanzler den ernsten Willen haben, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen. Die gegenwärtige Finanzkrisis ist eine Erscheinung, an der man nicht vorübergehen kann. Ob es gelingen wird, das Branntweinmonopol einzuführen, läßt sich noch nicht entscheiden. Es liegt jedenfalls in der Absicht der Verbündeten Regierungen und auch des Reichskanzlers, das Gesetz zur Durchführung zu bringen. Jedenfalls wird alles geschehen, damit die Landwirtschaft“ — lies die Großgrundbesitzer — keinen Schaden erleidet. — Daß ja die „Landwirtschaft dadurch keinen Schaden erleidet. Das ganze übrige Volk mag hungern, nur die Junker, die Junker sollen leben.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages trat am Mittwoch in die Prüfung der Wahl des Abg. Eickhoff (Freis. Volksp.) ein, der in Lennep-Mettmann-Remscheid in der Stichwahl mit 28,588 gegen 23,102 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden ist. Hierzu war von sozialdemokratischer Seite Protest eingelegt worden. Mehrere Punkte wurden für erheblich erachtet, sodaß die Kommission Beweiserhebung beschloß.

Stengels letzte Amtshandlung? Der Bundesrat wird sich am Donnerstag mit der Zuckerkonventionsfrage beschäftigen. Die zweite Lesung der Zuckerkonvention soll am Freitag im Reichstag erfolgen. Bei dieser Gelegenheit wird Freiherr v. Stengel den Standpunkt der Verbündeten Regierungen klarlegen. Man nimmt an, daß der Schatzsekretär am Ende der Woche oder Anfang nächster Woche nach Erledigung der 3. Lesung der Zuckerkonvention aus seinem Amte scheiden wird.

Die sinkende Konjunktur. Nachdem vor längerer Zeit die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wurde, beschloß der Bremer „Vulkan“ nunmehr den Betrieb an den Montagen im Februar und März ganz einzustellen.

Die Frage der angekündigten Reform der Fahrkartensteuer schnitt Genosse Böhle in der Budgetkommission noch einmal auf, um eine Erklärung zu erhalten, daß die Steuer nicht auf die vierte Wagenklasse ausgedehnt werden soll. Der Minister drückte sich um eine klare Auskunft herum, indem er meinte, die Verhandlungen über die Revision der Steuer befänden sich noch im ersten Stadium. Er habe von einer Belastung der vierten Klasse nicht gesprochen. Das schließt natürlich nicht aus, daß andere Leute sich bemühen werden, eine solche Besteuerung herbeizuführen.

Das Bestellgeld für Pakete. Jahr für Jahr wird in der Budgetkommission des Reichstags die Frage erörtert, ob die Bestellgebühren für Pakete in Wegfall kommen können. In dem Etat für 1908 sind die Gebühren für Bestellungen von Postsendungen am Orte der Postanstalten 19 Millionen Mark eingestellt worden; Bestellgeld vom Lande soll etwas über 5 Millionen Mark einkommen.

ahmeausfall haben dürfe, deshalb sei die anderweitige Regelung sehr schwierig. Es wird vorläufig alles beim alten bleiben.

Heiteres aus dem Junkerparlament. In dem Verzeichnis der beim preußischen Abgeordnetenhause eingelaufenen Petitionen findet sich auch eine solche des „Patriotischen Vereins für Freienwalde (Oder) und Umgegend"; sie bittet um Beibehaltung des preußischen Wahlrechts! Das darf nicht Wunder nehmen, da sich in dem Verzeichnis allerhand ulkiges Zeug findet. So bittet ein Herr Karl in Hamburg um Anerkennung seiner Rechte als Herzog von Masovien. Da selbst das Dreiklassenhaus diesem Antrag nicht stattgeben kann und sich der Wunsch der Freienwalder „Patrioten" auf die Dauer auch nicht erfüllen läßt, empfiehlt die Petitionskommission vielleicht den Petenten, um sich gegenseitig zu trösten, den Knaben Karl aus Hamburg statt mit dem Herzogmantel von Masovien mit dem Vorsitz des patriotischen Vereins für Freienwalde und Umgegend zu bekleiden. Dann wird's reichen!

Ausland.

Wie Preußen den Dreibund zerstört.

Je weiter die Beratungen der österreichischen Delegation fortgehen, desto deutlicher stellt sich heraus, daß das Verhältnis, das zwischen Preußen-Deutschland und seinem „glänzenden Sekundanten" besteht, trotz aller diplomatischen Beschönigungsversuche schon zu einer recht argen Verstimmung gediehen ist. Am Dienstag teilte der Regierungsvertreter, Sektionschef Baron Call, den Delegierten mit, daß die österreichische Regierung bei der preußischen Bedenken über die Neuregelung des Legitimationswesens für ausländische Arbeiter geltend gemacht habe. Bezüglich der Schiffahrtsabgaben erklärte derselbe Regierungsvertreter, die österreich-ungarische Botschaft in Berlin sei angewiesen, der preußischen Regierung bekannt zu geben, daß Oesterreich an den geltenden Elberechten mit allem Nachdruck festzuhalten entschlossen sei. Natürlich kam auch die Massenausweisungen die Rede, und hierbei erklärte der Minister v. Aehrenthal, mit dem Ausdruck „staatsfeindliche Personen" seien Leute gemeint, die nach der Auffassung der preußischen Regierung (!) gegen die bestehende Staatsordnung agitiert hätten, oder ihr gefährlich werden könnten, also umstürzlerische Elemente, Anarchisten.

Daß aus Preußen bloß Oesterreicher als „staatsfeindlich" ausgewiesen werden, die sich als Anarchisten betätigen, glaubt Herr von Aehrenthal ganz gewiß nicht. Außerdem weiß er ja, daß in Preußen, alles mögliche als der „Staatsordnung gefährlich" gilt, z. B. das in Oesterreich bestehende Wahlrecht. Es genügt aber schon für einen österreichischen Arbeiter, sich an einem Streik beteiligt zu haben, oder eine mißliebige Mundart zu sprechen, um auf den Schub gebracht zu werden. In Oesterreich ist die Auffassung allgemein, daß es so nicht weiter gehen kann.

Die früheren Attentate.

Das Ereignis in Lissabon bringt die früheren Attentate in Erinnerung, die auf fürstliche Personen und auf sonstige Staatsoberhäupter ausgeführt wurden. Ihre Zahl ist sehr groß; tödlichen Erfolg haben im Laufe des letzten halben Jahrhunderts die Attentate auf die folgenden Personen gehabt:

Karl II., Herzog von Parma, 26. März 1854.
Fürst Danilo von Montenegro, 14. August 1860.
Abraham Lincoln, Präsident der Vereinigten Staaten, 14. April 1865.
Fürst Michael von Serbien, 10. Juni 1868.
Präsident Balta von Peru, im Juli 1872.
Präsident Moreno von Ecuador, 6. August 1872.
Abdul Aziz, türkischer Sultan, 4. Juni 1876.
Kaiser Alexander II. von Rußland, 13. März 1881.
J. A. Garfield, Präsident der Vereinigten Staaten, 2. Juli 1881.
Sadi Carnot, Präsident der französischen Republik, 24. Juni 1894.
Nasr-ed-Din, Schah von Persien, 1. Mai 1896.
Kaiserin Elisabeth von Oesterreich, 10. September 1898.
König Humbert I. von Italien, 30. Juli 1900.
William McKinley, Präsident der Vereinigten Staaten, 6. September 1901.
König Alexander I. von Serbien und Königin Draga, 10. Juni 1903.

Das letzte Attentat, eines der rohesten, wurde bekanntlich von den serbischen „Edelsten und Besten" verübt.

* * *

Der Erfolg der letzten Tage.

Madrid, 5. Februar. Die portugiesische Regierung veröffentlicht eine **allgemeine Amnestie. Alle politischen Gefangenen werden freigelassen und alle diktatorischen Gesetze abgeschafft.**

Lissabon, 5. Februar. Das neue Kabinett kündigt die Absicht an, alle Maßregeln Francos zu widerrufen, die Fortschrittsparteien haben jedoch kein Vertrauen zum Ministerpräsidenten Admiral Ferreira. Sie werfen ihm vor, er habe seinerzeit den meuternden Seeleuten von Ocimbra volle Begnadigung im Falle der Unterwerfung zugesagt, und als sie sich daraufhin unterwarfen, kaltblütig sein Ehrenwort gebrochen und alle Meuterer kriegsgerichtlich verurteilen lassen.

Madrid, 5. Februar. Joao Franco trifft heute hier ein. König Manuel trägt den Arm noch in der Schlinge. Seine Wunde heilt langsam. Der spanische Kreuzer „Princesa de Asturias" ist gestern Abend im Lissaboner Hafen eingetroffen.

Lissabon, 6. Februar. (H. T.-B.) Ueber den gestrigen Ministerrat verlautet, daß beschlossen worden sei, alle von Franco erlassenen diktatorischen Dekrete aufzuheben und durch liberale zu ersetzen. Auch soll beschlossen worden sein, den von Franco aufgelösten Lissaboner Gemeinderat wieder einzusetzen.

Paris, 6. Februar. (H. T.-B.) Wie aus Lissabon gemeldet wird, erstreckt sich die von König Manuel erlassene Amnestie auf alle politische Verbrechen mit Ausnahme derjenigen, welche während der letzten Ereignisse vorgekommen sind und schließt auch die Meuterer auf den Königsschiffen „Vasco da Gama" und „Carlos I" ein. Außerdem erklärte der König seinen Verzicht auf die von Franco verfügte **Erhöhung der königlichen Apanage um 2000 Franken.** Diese Beschlüsse werden angeblich mit großer Genugtuung aufgenommen.

Die Bewegung im Lande.

Paris, 5. Februar. Die Haussuchung beim früheren Minister Grafen Ribeira ergab zwar Wahrscheinlichkeit dafür, daß er bei einem erwarteten Lissaboner Aufstande seinen persönlichen Anhang mit Waffen ausgerüstet haben würde, aber eine direkte Teilnahme an den Vorbereitungen zum Königsmorde konnte bisher wenigstens dem Grafen nicht nachgewiesen werden.

Paris, 5. Februar. Sonderberichterstatter, die in Lissabon eingetroffen sind, stellen fest, daß die Hofleute nur von der Hofgesellschaft beobachtet wird. In den Hauptverkehrsadern der Stadt sieht man keine einzige schwarze Fahne oder ein sonstiges Trauerabzeichen.

Madrid, 5. Februar. Das Blatt „El Mundo" berichtet aus Lissabon, trotz scheinbarer Ruhe gäre es überall. Man befürchtet, daß Armee und Marine sich an den Unruhen beteiligen werden. Weiter berichtet das Blatt, daß die Empörung der Bevölkerung in Portugal tatsächlich den Republikanern zuzuschreiben sei, die revolutionäre Partei habe nur die Verantwortung hierfür übernommen.

Lissabon, 5. Februar. Die im Auslande verbreiteten Gerüchte von einem Anschlag gegen den Kriegsminister sind nicht zutreffend.

Lissabon, 6. Februar. (H. T.-B.) Tag und Nacht durchziehen Patrouillen die Straßen der Stadt. In Ausdrücken lauter Freude wird noch immer der Rücktritt des Minister-Präsidenten Franco besprochen. Das diktatorische Regime ist jedoch keineswegs völlig erloschen. Man ist vielerorts der Ansicht, daß der **allgemeine Aufstand nicht allzulange ausbleiben** wird. Allgemein wird die Entlassung der gefangenen Republikaner verlangt.

Lissabon, 6. Februar. (H. T.-B.) Wie gemeldet wird, soll der ehemalige Ministerpräsident Franco wegen Uebertretung des Verfassungsrechts zur Verantwortung gezogen werden.

Ein Graf als Führer der Mörder.

Madrid, 6. Februar. (H. T.-B.) Ueber die angebliche Beteiligung des Grafen Ribaira am Attentat auf die portugiesische Königsfamilie wird berichtet, daß der Graf und andere Republikaner geschworen hatten, **den König und seine Familie zu töten. Der Sohn des Grafen schoß auf den königlichen Wagen mit einem Gewehrstock.** Er befand sich an der Spitze der Königsmörder. Einer der getöteten Königsmörder ist ein Feldwebel außer Dienst, **einer der geschicktesten Schützen Portugals.**

Ausland.

Rom, 5. Februar. Auch die Sitzung des römischen Staatsrates wurde wie die Kammersitzung durch sehr heftige Angriffe der Republikaner und Sozialisten auf die portugiesische Dynastie gestört. Die Tumulte wurden erst beigelegt, als der Bürgermeister Nathan eingriff.

Die Türken scheinen mit den Persern hart aufeinander zu geraten. Zu ihrem Grenzkonflikt meldet die „Petersb. Telegr.-Agentur" aus Urmia: Um die Perser zu einer schleunigeren Verhandlung über die Grenzfrage zu bewegen, übergaben auf Anraten des russischen Vizekonsuls Baron Tscherkassow die türkischen Kommissare den persischen Kommissaren ein Memorandum, in dem ihr Standpunkt auseinandergesetzt wird.

Aus Tiflis aber wird gemeldet, daß die Lage dort sehr bedrohlich sei, und daß die Türken zum Kriege rüsten, was sogar die Türken selbst nicht ableugnen. In militärischen Kreisen am Kaukasus herrscht nur eine Stimme, daß ein Zusammenstoß mit der Türkei unvermeidlich sei. Die Türken sollen für den Fall eines Krieges bereits einige große Transportdampfer des Oesterreichischen Lloyds mit Kriegsvorräten befrachten. In Tiflis wird von einem bevorstehenden Kriege offen gesprochen. Es kann doch hier nur von einem Kriege mit Persien die Rede sein.

* * *

Gerichteter Verleumder der österreichischen Sozialdemokratie. In Wien fand vor dem Bezirksgericht der Josefstadt der Prozeß des Abgeordneten Simon Stark gegen den Redakteur der Wiener Arbeiterzeitung, Genossen Winter, statt. Im September brachte unser Bruderblatt einen Artikel: Aus dem freisozialistischen Sumpfe", in welchem dem Abgeordneten Stark der Vorwurf des politischen Verrats und des Verrats der Prinzipien seiner Partei gemacht wurde. Stark hat die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit verleumdet und ist mit einzelnen Führern der Christlich-Sozialen in Verbindung getreten, um gegen eine Subvention von 10,000 Kronen diese Partei gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Genosse Winter wurde freigesprochen mit der Begründung, daß ihm sein Wahrheitsbeweis völlig gelungen sei. — Die deutsche klerikale Presse, die den Prozeß unter einem ungeheuren Haufen von Schimpfworten verbirgt, vergißt es ganz und gar mitzuteilen, daß Genosse Winter freigesprochen wurde, weil er die Bestechung der Christlich-Sozialen an Stark erwiesen hatte.

* * *

Die Schikanierung Finnlands durch den Zaren. Bei dem am 30. Januar durch den finnländischen Staatssekretär Gerhard dem Kaiser unterbreiteten Rapporte über die Deklaration des finnischen Landtages auf die Aufforderung des Kaisers betreffend eine 1906/1907 seitens des finnländischen Schatzamtes an das Reichsschatzamt zahlbare Subsidie für den Kriegsbedarf schrieb der Kaiser eigenhändig folgende Resolution auf die Deklaration:

Angesichts der in der Deklaration des finnischen Landtages auf meine Aufforderung hin ausgeführten Betrachtungen mache ich den Landtag darauf aufmerksam, daß das Verfügungsrecht über die Mittel des Staats- und Miliz-fonds ausschließlich meinem Gutachten untersteht, weshalb ich die Meinung des Landtages als mit den wirklichen Gesetzen nicht im Einklang befindlich erachte. Ich befehle, zwanzig Millionen Mark den Ressourcen des Reichsschatzamtes zu zahlen, wovon 16,400,000 Mark den Summen des Milizfonds und 3,600,000 Mark den vom Landtage votierten temporären Steuern zu entnehmen sind. Bei dem am 30. Januar von Gerhard dem Kaiser unterbreiteten Rapporte über die Deklaration des Landtages auf die Aufforderung des Kaisers, Mittel für die diesjährigen Bedürfnisse zu schaffen, zu deren Deckung die gewöhnlichen Staatseinnahmen nicht ausreichen, erfolgte folgende eigenhändige Resolution: Ich befehle, die vom Landtag votierten temporären Steuern einzutreiben und zu verausgaben, wie auch früher, ohne sie mit den Mitteln des Staats-, Miliz- und anderer Regierungsfonds zu vermengen, und bestätige abermals dem Landtage, daß das Verfügungsrecht über diese Fonds ausschließlich mir gehört.

* * *

Ein Schüler-Aufstand in Frankreich. Die Schüler der ersten Abteilung der Kunstgewerbeschule in Chalons-sur-Marne erklärten sich mit einem Schüler, der wegen eines Wurfes mit einem eisernen Bolzen gegen den die Aufsicht habenden Herrn entlassen war, solidarisch und lehnten sich gegen ihre Vorgesetzten auf. Nach vergeblichen Versuchen, die Schüler zur Ruhe zu bringen, verfügte der Präfekt von Chalons die Schließung der ganzen Abteilung und ließ die Schule militärisch besetzen. Die Schüler sind unter militärischer Bewachung nach dem Bahnhof abgeführt.

* * *

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Schicksal der russischen Flottenvorlage scheint endgiltig entschieden zu sein. Aus Beratungen der Parteiführer geht bereits hervor, daß die Vorlage abgelehnt werden wird. Ein Konflikt mit der Regierung soll sich durch die Ablehnung durch die Reichsduma nicht ergeben. Man erwartet, daß das Marineministerium die Vorlage zurückziehen und eine neue einbringen werde, die den Wünschen der Duma-Majorität Rechnung trägt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Februar.

Fliesenleger. Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 10 Uhr, findet im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses die Generalversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht Vorstandswahl und Verschiedenes.

* **Lobe-Theater.** Heute Donnerstag wird Gerhart Hauptmanns Diebskomödie „Der Biberpelz" zum ersten Male in dieser Spielzeit zur Aufführung gebracht. Die Hauptrollen werden von Fr. Mäder-Stegemann und den Herren Senius, Johow, Barna, Berger, Wallauer gespielt. Die Regie leitet Herr Masson. Freitag geht Wildenbruchs Schauspiel „Die Rabensteinerin" mit Frl. Santen in der Titelrolle und Herrn Wolfram als immer Weiser in Szene. Sonnabend und Sonntag finden Wiederholungen von Oscar Straus' Operette „Ein Walzertraum" statt. In Vorbereitung befindet sich Gerhart Hauptmanns neueste Schöpfung „Kaiser Karls Geisel".

* **Thalia-Theater.** Sonntag gelangt Kadelburgs und Skowronnels Lustspiel „Husarenfieber" in der bekannten Besetzung zur Aufführung. — Als dritte Volksvorstellung der laufenden Reihe wird der Schwank „Charleys Tante" Donnerstag für Gruppe G, Sonnabend für Gruppe H gegeben.

* **Schauspielhaus.** Arthur Dinters Komödie „Die Schmuggler", die sich auch bei ihrer 2. Aufführung bei vollem Hause sich eines ungeteilten Beifalles zu erfreuen hatte, wird heute Donnerstag wiederholt. Freitag geht Heubergers „Opernball", der in der bekannten Besetzung ungeschwächte Zugkraft ausübt, bereits zum 22. Mal in Szene. Am Sonnabend Nachmittag 3 Uhr wird Tolstois Drama „Anna Karenina" als volkstümliche Vorstellung bei sehr ermäßigten Preisen gegeben. Fräulein Tetzlaff spielt die Titelrolle. Das interessante spannende Werk wird auch Nachmittags ungekürzt aufgeführt. Die Premiere von „Der Prinzvapa" deren Breslauer Aufführung die gesamte Theaterwelt mit Spannung entgegensieht, findet wegen großer szenerischer Schwierigkeiten definitiv erst am Sonntag Abend statt.

* **Deutscher Kaiser.** Da sich das erste Bockfest eines so überaus guten Erfolges erfreute, so fühlt sich die Direktion veranlaßt, heute Donnerstag ein zweites Bockfest nach bayerischer Art, mit der einzigen Festwirtin Baronesse Sissi mit ihrer Oberlandler Kapelle zu veranstalten. Außer dem Auftreten verschiedener Künstler, trotz der enormen Spesen, Entree frei. Morgen, Freitag, Vorstellung.

† **Tödlicher Unfall.** Der alte Mann, wie festgestellt ein Lokomotivführer a. D., der am 4. d. M., Abends, auf der Ohlauerstraße durch einen Omnibus überfahren worden ist, ist im Allerheiligenhospital seinen schweren Verletzungen erlegen.

† **Gefunden** wurden: Eine Sacktarre, ein Gebetbuch, eine goldene Brosche, ein goldener Trauring und ein Kinderschuh.

† **Abhanden** kamen: Eine kleine Damenuhr, ein goldenes Medaillon, ein schwarzer Pompapons und Papiere auf den Namen Emil Hübner lautend.

† **Irrtümliche Zahlung.** Ein Kronprinzenstraße 55 wohnender Droschkenkutscher hat in der Nacht zum 4. d. M. von einem unbekannten Fahrgast statt eines Einmarkstücks ein Zwanzigmarkstück in Zahlung erhalten.

† **Diebstähle.** Am 2. d. Mts. wurden 17 Stück Holz-Tabakpfeifen mit Hartgummispitzen, 32 Stück Zigarrenspitzen aus Holz mit Elfenbeinmundstücken, 66 Stück Zigarrenspitzen mit Horn-, Kokos-, Galalith- und Elfenbeinmundstücken, zwei Lederetabaksbeutel, drei Hornspitzen in Lederetuis, 24 Stück Bernsteinspitzen und eine kleine rote Decke gestohlen. — Ferner wurden gestohlen: ein Paket Siedesäcke und ein Windeheber von 100 Zentner Tragkraft. Die Säcke fassen je einen Zentner Siede und sind beschrieben: M. Engler, unverkäuflich, vor Mißbrauch wird gewarnt. Zweckdienliche Angaben über den Täter oder den Verbleib der Gegenstände sind im Zimmer Nr. 62 des Polizei-Präsidiums zu machen. — Aus einem Bahnhofe wurde ein Ballen, enthaltend graue Stoffe gestohlen.

† **Mit Beschlag belegt** wurden 4 weiße Oberbettbezüge, ein Kopfkissenbezug, 2 Bettlaken, sämtlich gezeichnet E. T. und H. T. (Monogramme); außerdem 2 bunte Stores und 3 gelbe Fenstervorhänge abgepaßt. Diese Sachen dürften von einem Diebstahl herrühren. Der Eigentümer melde sich im Zimmer 57 des Kgl. Polizei-Präsidiums.

† **In Haft genommen** wurde ein Arbeiter, der bei der Abfuhr von Brennholz unter Vorzeigung einer gefälschten Quittung 40 Mk. erschwindelt hatte.

Neueste Nachrichten.

Der abgebrochene Stengel.

Berlin, 6. Februar. (H. T.-B.) Reichsschatzsekretär Freiherr von Stengel hat, der „Germania" zufolge, am Dienstag sein Abschiedsgesuch eingereicht und zugleich um Enthebung aller Dienstgeschäfte von jetzt ab gebeten.

Die Knechtung katholischer Lehrer.

München, 6. Februar. (H. T.-B.) Eine Unterwerfung oder Widerrufung des mit der Exkommunikation bedrohten Prof. Schnitzler in München ist nicht zu erwarten. Die Regierung ist gewillt, ihn als Staatsbeamten zu schützen. Auch der Bischof von Augsburg hat den Theologen seiner Diözese verboten, die Vorlesungen des Prof. Schnitzler zu besuchen; widrigenfalls sie nicht als Priester geweiht würden. — Der Professor wird also ausgehungert nach allen Regeln der Kunst.

Vom gleichen Recht.

Berlin, 6. Februar. (H. T.-B.) Die Einstellung des Strafverfahrens gegen die Fürstin Wrede, die seinerzeit der Silberdiebstähle in Hotels angeklagt war, wird eine Besprechung im Reichstage herbeiführen. Es soll eine Interpellation eingebracht werden, um festzustellen, weshalb die Fürstin auf ihren Geisteszustand nicht in einem öffentlichen, sondern in einem privaten Sanatorium untersucht wurde.

Die egyptische Frage.

London, 6. Februar. (H. T.-B.) Aus Kairo wird gemeldet: Mustapha-Kamel-Pascha, der Führer der egyptischen Nationalistenpartei, hat an Sir Eduard Grey ein Telegramm gerichtet, worin gegen dessen Erklärung protestiert wird, das egyptische Volk besitze nicht die notwendigen Eigenschaften, um ein eigenes Parlament und eine autonome Regierung zu erhalten. Die Nationalistenpartei erklärt dagegen, Egypten sei besser vorbereitet für eine autonome Regierung, als manche europäische Nation. Die Partei wird fortfahren für die Unabhängigkeit des Landes einzutreten.

Berlin, 6. Februar. (H. T.-B.) Die Petitionskommission beschäftigte sich gestern mit einer Petition, die sich gegen die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen wendet. Die Regierung ließ die Erklärung abgeben, daß der Reichskanzler Gelegenheit nehmen werde, über die Frage der Schiffahrtsabgaben Auskunft zu erteilen.

Essen, 6. Februar. (H. T.-B.) Auf der Zeche Engelsburg bei Eppendorf wurden vier Bergleute verschüttet und alle vier schwer verletzt.

Görlitz, 6. Februar. Glaser-Streik. Auf dem Ovalescenz-Werk in Weißwasser ist ein allgemeiner Streik wegen Lohndifferenzen ausgebrochen.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Leuschner. — Druck von Th. Schatzky, Breslau. — Breslauer Volkswacht. Hierzu 1 Beilage.

Am 4. Februar, vormittags 8¾ Uhr, endete der Tod die langen, schweren Leiden der Frau unseres Kollegen Gustav Meistrock. 595

Frau Auguste Meistrock,

geb. Witfwer,
im blühenden Alter von 24 Jahren 7 Monaten.
Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder des Zentral-Verbandes der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Zweigverein Breslau u. Umgegend.

Beerdigung: Freitag, den 7. d. Mts., nachmittags 1½ Uhr, vom Trauerhause, Sedanstrasse 21, nach dem Magdalenen Kirchhof.

Zentralverband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Breslau.

Am 4. Februar starb der Kollege 596

Wilhelm Winschig

im Alter von 47 Jahren 9 Monaten an der Lungenschwindsucht.
Ein treues Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau.

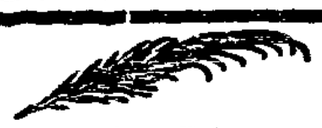
Beerdigung: Freitag, mittags 1 Uhr, vom Allerheiligen-Hospital nach Oswitz.

Als Opfer der Arbeit starb am 1. Februar unser Mitglied, der Dachdecker

Fritz Hansbach

im Alter von 25 Jahren. 602
Ehre seinem Andenken!

Der Sozialdemokratische Verein Breslau.



Wehmütige Erinnerung

zum Todestage unserer inniggeliebten Tochter, der Arbeiterin

Ernestine Marx

geb. den 21. September 1877
gest. den 6. Februar 1907.

Eben ein Jahr in kühler Erde
Ruh'st Du gute Tochter nun,
Und am heimatlichen Herde
Ist's so tot, so leer, so stumm.
Du schläfst nun zur ewigen Ruh'
Von aller Sorg' und aller Müh'.
Treu und redlich war Dein Streben,
Müh' und Arbeit ist Dir nie zu viel gewesen,
Bis der Todesengel kam und riet Dich ab.
Doch zu früh sankst hoffnungslos uns nieder,
Niemals trifft uns mehr Dein teurer Blick,
Nur der Todestag kehrt wieder,
Du kehrst nimmermehr zurück.
Doch wir woll'n die Ruh' Dir gönnen,
Wenn das Herz auch klagt und weint.
Leblich kann der Tod uns trennen,
Seelen bleiben stets vereint.
Doch der Eltern Gram und Schmerz
Wird nie vergeh'n, bis wir uns werden wiederseh'n.

Gewidmet von den 584

tieftrauernden Eltern nebst Brüdern.

Hartlieb, den 6. Februar 1908.

Wehmütige Erinnerung

zum Todestage meiner lieben Schwester u. Schwägerin, der Arbeiterin

Ernestine Marx

geb. den 21. September 1877
gest. den 6. Februar 1907.

Niemals verstummt um dich des Bruders Klage,
Geliebte Schwester, warst so brav, so treu,
Doch heut nach Jahresfrist, am Todestage,
Bist unser Schmerz durch die Erinnerung neu.
Erinnerung an deine schweren Leiden,
Die mit Geduld so standhaft du ertrugst,
Damit du uns beim Anblick deiner Leiden,
Die Herzenswunde nicht noch tiefer schlugst;
Dir gab die Hoffnung Mut, noch zu gesunden,
Du gingst zu früh zur ewigen Ruhe ein.
Uns Freude zu bereiten, war dir Freude,
Für alles Gute schlug dein edles Herz;
Wer dich gekannt, erwägt in unserm Leide
Den namenlos und doch gerechten Schmerz.
Dein Liebe deinen Hügel heut umkränzet,
Es ist dies wohl nur dein verdienter Lohn [583
Und jede Träne, die im Aug' uns glänzet,
Sie gilt nur dir, geliebtes Schwesterlein.

Gewidmet von deinem trauernden Bruder und Schwägerin
Friedrich Marx und Frau.
Hasenau, den 6. Februar 1908.

Rechte u. Pflichten des Mieters

nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Buchhandlung Volkswacht.

Stadt-Theater.

Donnerstag, 7 Uhr:
„Die Meistersinger von Nürnberg".
Freitag Anfang 8 Uhr:
„Salome".
Sonnabend 7½ Uhr:
„Hans Heiling".

Lobe-Theater.

Donnerstag 7½ Uhr:
„Der Biberpelz."
Freitag 7½ Uhr:
„Die Rabensteinerin".
Sonnabend 7½ Uhr:
„Ein Walzertraum".

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Donnerstag:
Gruppe G. 1. Vorstellung.
„Charleys Tante".
Sonnabend:
Gruppe H. 3. Vorstellung.
„Charleys Tante".

Thalia-Theater

Sonntag, abend 7½ Uhr:
„Quiaresieber".
Billettverkauf Freitag und Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus

Donnerstag 8 Uhr:
„Die Schmuggler".
Freitag 8 Uhr:
„Der Opernball."

Liebichs Etablissement.

Ab 1. Februar:
Vollständig neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Victoria-Theater

(Zimmenauer Garten).

La Bérat

und das herzerregende
Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Loge an Wochentagen gültig.

Deutscher Kaiser

Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Heute Donnerstag:
II. humoristisches Bockfest
nach bayrischer Art
mit der einzigen Festwirtin
Baronesse Sissi
mit ihren Oberjuxlern.
Außerdem: Auftreten verschiedener Künstler.
Trotz der großen Spesen
Entree frei.
Morgen Freitag:
Vorpräsentation.

Eleg. Plüsch-Diwan, 2 Halle Wien. Bettst. m. Matr. b. z. verk. Anderssenstr. 1, I.

Zur Frühjahrs-Saison
bringe ich meiner werten
Kundschaft
mein großes 378
Schuhwaren-Lager
in empfehlende Erinnerung.
C. König, Schuhmachermeister, Berlinerstr. 18.

Bekanntmachung!

Vielfachen Wünschen unserer Fahrgäste Rechnung tragend und um dem Unternehmen neue Anhänger zu gewinnen, wird auf unseren Linien von Sonnabend, d. 8. d. M. der **Umsteigeverkehr** eingeführt und zwar zu dem bisherigen Fahrpreise **von 5 Pf.** **Umsteigefahrscheine** sind gültig zum einmaligem Umsteigen auf eine andere Linie für den nächst ankommenden noch nicht besetzten Wagen.

Breslau, den 4. Februar 1908. 594

Breslauer Omnibus-Gesellschaft.

Tüchtige Wickelmacherinnen

finden dauernde Beschäftigung bei 601
Arthur Deter, Zigarrenfabriken, Breslau, Gartenstrasse 23.

Installations-Geschäft.

Einem tüchtigen und strebsamen Installateur für Gas und Wasser bietet sich eine günstige Gelegenheit zum etablieren. Lokal, in dem bereits ein derartiges Geschäft schon betrieben wurde, nebst Uebertragung der Arbeit mehrerer Grundstücke wird zugesichert. Näheres kostenlos bei **Siedner, Viktoriastraße 34,** mit zgs von 1—2 oder abends von 6 Uhr ab. [600

Achtung! Achtung!

Ich schlachte jede Woche fette Pferde und liefere die feinsten Wurstwaren.

Zervelatwurst 70, Zungenwurst 70, Knoblauchwurst 50, Preßwurst 40, Leberwurst à 10, Brotel à 5, rohes Fleisch 35, Gehacktes 40, Kernfett 50, Rollschinken 50 Pfg.

Rossschlächter Gustav Grosser, Hirschberg,
Sechsstätte 18, Schmiedebergerstraße 3. 601

Zu Tee und Grog

ff. Jamaika-Rums, Batavia-Araks, französische Kognaks und deutsche Verschnitte, feinste

Weinpunsche,

Burgunder-Punsch, Rotwein-Punsch, Sherry-Punsch, Schwedischer Punsch, Ananas-Punsch, Schlummer-Punsch, Kaiser-Punsch, ff. Tafel-Liköre

Spezialitäten:
Ansbacher Klosterbitter, Mandarin-Ginger, Nektar, Curaçao, Maraschino etc. etc.
f. alter Breslauer Korn,
f. alter Weinkorn,
offerieren 6150

Seidel & Co.
Breslau, Ring 27,
Altbüßeroble 13,
Tiergartenstraße,
auch Lutherstraße.

Anzüge

Ueberzieher!

Möbel auf Teilzahlung

billiger und für die Hälfte Anzahlung als in den „sogenannten" Kaufgeschäften, wo Teilzahlung gestattet.

Max Biermann,
Breslau
Ring 52, erste Etage
neben der Stockgasse.

Filiale: 592
Waldenburg i. Schl.
Auch nach auswärts.

Buchhandlung Volkswacht.
Die Gleichheit, Frauenzeitung, alle 14 Tage . . 0.10

Höchst wichtig für Hausfrauen.

Feine Vanille-Stücken-Schokolade
garantiert rein, pro Pfund 1.— Mk.
Kakao-Pulver
garantiert rein, pro Pfd. 1.40, 1.60, 2.20 und 2.60 Mk.
Kandierter Kakao-Tee
immer frisch, pro Pfund 25 Pfg.
Gef. Kakaoschalen
pro Pfund 10 Pfg.
Tee neuer Ernte
feine Mischungen, pro Pfd. 1.—, 1.20, 1.40, 1.60, 2.— bis 3.60 Mk.
Grus-Tee
pro Pfund 1.— bis 1.20 Mk.
Sämtliche Sorten Hustenbonbons
pro Pfund 40, 60 bis 70 Pfg.
ff. Konfekte
pro Pfd. 0.80 bis 3.— Mk.
Kinder-Konfekte
pro Pfund 36 bis 80 Pfg.
empfiehlt 6247

Wilhelm Boese
Schokoladen-Haus
Breslau I, Dorotheenstrasse 3
Schokoladen-, Kakao- und Zuckerwaren-Fabrik.

Möbel, Spiegel.

Polsterwaren
in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95

Kein Abzahlungsgeschäft
gewähre aber gern Teilzahlung.

Preise enorm billig.

Plüschgarnitur	100	Mk.
Salontisch	18	„
Trumeau mit mod. Aufsatz	60	„
Schrank „ „	60	„
Bettstelle „ „	45	„
Spiegel mit Schränkchen	35	„
Diwan in gutem Stoff	36	„
Bettstell. mit Matratze	36	„
Rohrstuhl mit hoher Lehne	4	„

Teppiche, Läufer, Uhren,
Pianos, erstkl. Fabrikat
und sämtl. and. Ausstattungsstücke nur bei
F. Pauer, Sandstr. 5.

Haben
Sie schon meine
Zigarre No. 90
probiert
10 Stück 50 Pfg.
— und 5% Rabatt —
Oscar Rudolph, Zigarren-Importhaus
Breslau XIII, Neudorfstr. 61.

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Unentbehrlich im Haushalt

ist

Dr. Thompson's SEIFENPULVER

½ ℔ Paket 15 Pfg.

Wilhelmsburg.

Heute Donnerstag:
Tanzkränzchen
Polonaise 459
m. Gratispräsentverteilung

Liegnitz.

Arbeiter-Gesangverein „Sängerkranz".

Sonnabend, den 8. Februar 1908:

Großer Maskenball

in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses.

Zur Aufführung kommt: „Eine Zigeunerhochzeit" mit Quadrille.
Außerdem: Verschiedene Belustigungen. 360
Entree inkl. Tanz: Herren 75 Pfg., Damen 40 Pfg.
Eintrittskarten im Gewerkschaftshaus und bei sämtlichen Mitgliedern des Gesangvereins. — Es ladet hierzu freundlichst ein Das Komitee.

Neu-Salzbrunn.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Wanderlust".

Sonntag, den 9. Februar: 597

Großer Maskenball.

im Gasthof „Zum Annahof".
Anfang 6 Uhr. Gäste sind willkommen.

Knappen-Verein „Glückauf" Ob.-Hermsdorf

Sonntag, den 9. Februar 1908:

Großer Maskenball mit Pfannkuchen-Polonaise im Schützenhause, Gottesberg
Anfang 6 Uhr. — Masken-Einzug 7 Uhr.
Masken-Karten sind zu haben bei Gotthard Rüffer, Fürstenstein erstraße 7 und bei Richard Thomas, Ober-Hermsdorf 18c. 599
Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Volksvorstellung 1907/8

(Thalia-Theater).

X. Vorstellung.

Sonntag, den 9. Februar,
Nachmittag 3½ Uhr:

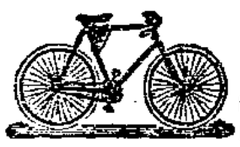
Der Troubadour

Oper in 4 Akten von Verdi.
(3. Aufführung).
Vorhanden ist nur noch:
1. Rang 1.00 Mk.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht.

Textbücher à 25 Pfg. sind in der Exped. d. Volkswacht zu haben.

Neu eröffnet.
Fahrrad- und Nähmaschinen-Handlung
Reparatur-Werkstatt



Josef Günther, Breslau I,
Grosse Groschengasse 14.
Fabrik-Niederlage der **Neckarsulmer Fahrradwerke A.-G.**
Grosse Auswahl von starken Tourenrädern.
Schneidige Strassenrenner mit ganz niedrigen Rahmen jetzt zur Einführung zu aussergewöhnlich billigen Preisen. 592

Ansichts-Karten

in vorzüglicher Ausführung:

August Bebel
Ignaz Auer
Wilhelm Liebknecht
Karl Marx
Legien
Molkenbuhr
Sachse
Singer
Vollmar

Dr. Karl Liebknecht
Klara Zetkin
Rosa Luxemburg
Gruppenbild der sozialdem. Reichstagsfraktion
La Marsellaise
Terrorismus d. Steinbruchbesitzer Zobten-Ströbel Juni 1907.

Stück 8 Pf. — 2 Stück 15 Pf.

So muss es kommen! Konfisz. Volkswacht
Grabstätte von Ferdinand Lassalle

Stück 5 Pf.

empfiehlt

Buchhandlung Volkswacht.

Beilage zu Nr. 32 der „Volkswacht".

Freitag, den 7. Februar 1908.

Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern.

I. Errichtung, Aufgaben und Zusammensetzung der Arbeitskammern.

§ 1.

Für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines oder mehrerer Gewerbezweige sind in Anlehnung an die Einteilung und die Bezirke der gewerblichen Berufsgenossenschaften Arbeitskammern zu errichten.

Die Arbeitskammern sind rechtsfähig.

§ 2.

Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbezweige sowie die auf dem gleichen Gebiete liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen.

§ 3.

Insonderheit gehört zu den Aufgaben der Arbeitskammern

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;

2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbezweige in ihrem Bezirke zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über

a) den Erlaß von Vorschriften gemäß §§ 105 b, 105 e Abs. 1, §§ 120 e, 139 a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung,

b) die in ihrem Bezirke für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verkehrssitte;

3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) berühren, zu beraten;

4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

§ 4.

Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungskreises (§§ 2, 3) Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reichs zu richten.

§ 5.

Angelegenheiten, die lediglich die Verhältnisse einzelner Betriebe betreffen, dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen im § 6, nicht in den Bereich der Tätigkeit der Arbeitskammern einbezogen werden.

§ 6.

Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbezweige über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungs-Verhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

Auf das Verfahren finden die Bestimmungen der §§ 63 bis 73 des Gewerbegerichtsgesetzes vom 30. Juni 1901 (Reichsgesetzblatt S. 353) entsprechende Anwendung.

Zuständig ist diejenige Arbeitskammer, in deren Bezirke die beteiligten Arbeitnehmer beschäftigt sind; sofern die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Arbeitskammern beschäftigt sind, ist diejenige Arbeitskammer zuständig, welche zuerst als Einigungsamt angerufen worden ist.

§ 7.

Als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes gelten die gewerblichen Arbeiter (Titel VII der Gewerbeordnung) einschließlich derjenigen Personen, welche für bestimmte Gewerbetreibende außerhalb der Arbeitsstätten der letzteren mit der Anfertigung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt sind, und zwar auch dann, wenn sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen.

Als Arbeitgeber im Sinne dieses Gesetzes gelten die Unternehmer solcher Betriebe, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, sofern sie mindestens einen Arbeitnehmer (Absatz 1) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen; dabei stehen den Unternehmern ihre gesetzlichen Vertreter und die bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe gleich.

Ausgenommen bleiben die Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in Apotheken, Handelsgeschäften und solchen gewerblichen Unternehmungen, welche den Organisationen des Handwerks (Titel VI der Gewerbeordnung) angehören und die Unternehmer solcher Betriebe.

§ 8.

Die Errichtung der Arbeitskammern erfolgt durch Beschluß des Bundesrats. In dem Beschlusse sind die Gewerbezweige, für welche die Arbeitskammern errichtet werden, sowie Bezirk, Namen und Sitz der Arbeitskammern zu bestimmen. Dabei kann die Bildung von Abteilungen für Gewerbegruppen oder Gewerbezweige angeordnet werden. In gleicher Weise können Abänderungen vorgenommen werden.

§ 9.

Für jede Arbeitskammer sind ein Vorsitzender und mindestens ein Stellvertreter sowie die erforderliche Zahl von Mitgliedern zu berufen. Für die Mitglieder sind Ersatzmänner zu bestellen, welche in Behinderungsfällen und im Falle des Ausscheidens für den Rest der Wahlperiode in der Reihenfolge der Wahl für die Mitglieder einzutreten haben. Der Vorsitzende und seine Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Sie werden von der Aufsichtsbehörde (§ 26) ernannt und führen den Vorsitz auch in den Abteilungen.

Bestehen mehrere Arbeitskammern an einem Orte, so sind in der Regel der Vorsitzende und seine Stellvertreter für die Kammern gemeinsam zu bestellen, auch gemeinsame Einrichtungen für den Bureaudienst, die Sitzungs- und Bureauräumlichkeiten und dergleichen zu treffen.

§ 10.

Die Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie ihre Ersatzmänner müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern, zur Hälfte aus den Arbeitnehmern entnommen werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber werden mittels Wahl der Arbeitgeber, die Vertreter der Arbeitnehmer mittels Wahl der Arbeitnehmer bestellt.

Die Zahl der Mitglieder der Arbeitskammern und der Abteilungen sowie die Zahl der Ersatzmänner wird durch Verfügung der Aufsichtsbehörde bestimmt.

Die Mitglieder und die Ersatzmänner erhalten für jede Sitzung, der sie beigewohnt haben, Vergütung etwaiger Reisekosten und eine Entschädigung für Zeitversäumnis. Die Höhe der letzteren ist durch die Geschäftsordnung festzusetzen.

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Reichstag.

95. Sitzung vom Mittwoch, den 5. Februar.

Am Bundesratstische: Kommissare.

Die Beratung des Militäretats wird fortgesetzt.

Abg. Vogt-Hall (Wirtsch. Vgg.) verteidigt die Getreidezölle, tadelt es, daß eine Frau Majorin die Beurlaubung des Burschen ihres Mannes zur Erntezeit verhindert habe und tritt für Schonung und bessere Behandlung der armen Militärpferde ein, die selbst nicht sprechen und daher nicht in eigener Person ihre Klagen vorbringen können. (Heiterk. u. Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpl.): Warum finden unsere fortwährenden Klagen über die Mängel des Militärstrafrechts kein Gehör? (Zuruf b. d. Soz.: „Weil Sie schlapp sind!" Heiterkeit.) Wir wünschen dem Herrn Kriegsminister gute Besserung. Wer hatte nicht die vollste Sympathie mit seinem Auftreten in der Affäre Moltke-Harden? (Zuruf b. d. Soz.: „Peasche nicht!" — Heiterkeit.) Warum hat sich gestern der Herr Sixt v. Armin so aufgeregt? Wie kann er denken, daß wir an die Kommandogewalt Sr. Majestät des Allerhöchsten Kriegsherrn tasten. (Zuruf bei den Soz.: Nein, das tun Sie nicht! — Heiterk.) Mein Freund Schrader war doch so höflich, warum war der Herr General so unhöflich? (Zuruf: Sie haben es sich selbst zuzuschreiben! — Heiterk.) Wir müssen (Redner bemüht sich, pathetisch zu werden) das Recht des Parlaments gegenüber dem Heere nachdrücklichst wahren. (Lebh. Beifall links.) Redner gibt eine eingehende Geschichte des Militärkabinetts und konstatiert, daß namentlich auch alle militärgerichtlichen Angelegenheiten zu seiner Kompetenz gehören. (Lebh. hört, hört! links.) Was bleibt da eigentlich noch für den Kriegsminister übrig? (Sehr gut! links.) Wir müssen darauf bestehen, daß das Militärkabinett wieder wie früher dem Kriegsminister untergeordnet wird. (Zustimmung links.) Jetzt ist der Kriegsminister eigentlich bloß der Parlaments-Prügelknabe für das Militärkabinett. (Sehr gut! links.) Das Militärkabinett ist es gerade, das eine Reform des Militärstrafrechts verhindert. Es mag sein, daß Subalternbeamte Reserveoffiziere werden können, sie werden es aber nicht. (Sehr wahr! links.) Redner gibt sich zum Schluß der Hoffnung hin, daß der Kastengeist der Offiziere einmal aufhören wird. (Beif. b. d. Freis.)

Generalleutnant Sixt v. Armin findet mit seiner Behauptung, nicht scharf gegen den Abg. Schrader gesprochen zu haben, auf der Rechten Glauben, und hält seine ganzen Ausführungen vollinhaltlich aufrecht.

Abg. Wieland (Südd. Vpl.) tritt für Vereinfachungen und für allmähliche Herabsetzung der Dienstzeit sowie für möglichst baldige Erhöhung der Mannschaftslöhne ein. (Beifall links.)

Abg. v. Oldenburg-Januschau (kons.): Mit Recht hat der Herr Vertreter des Kriegsministers gestern einen energischen Ton angeschlagen. (Jubelnde Zustimm. rechts.) Auf das Verhältnis zwischen König und Offiziere hat der Reichstag keinen Einfluß zu nehmen. Als Leutnant hielt ich den Reichstag für ganz überflüssig. (Zuruf b. d. Soz.: Der reine Kadett Rambohr!) Seitdem haben sich meine Auffassungen geändert. (Zuruf b. d. Soz.: Aber nur wenig! Stürm. Heiterk.) Ueber Fall Gädke ist allmählich genug geredet worden. (Beifall rechts.) Zum Duell zu kommen, ist gerade beim Offizier garnicht so einfach. Uebrigens ist es vielleicht besser, totgeschossen zu werden, als ein paar Jahre ingepunnt. (Heiterk.) Es hat mich gewundert, daß der Abg. Noske gestern nicht gleich einen Schwadrons- oder Kompagnieausschuß verlangt hat, das hat uns gerade noch gefehlt. Wer vom Kastengeist in der Armee spricht, der kennt die Junker und die Garde nicht. Der ganze Revisionismus ist Schwindel, (Anh. Heiterkeit.) das hat die Sozialdemokratie erst jetzt wieder durch ihr Benehmen bei der Nachricht vom Lissaboner Morde gezeigt. Nur Schlafmützen und Trantampen können glauben, daß man der Sozialdemokratie mit Schokolade beikommt. Der „Vorwärts" schrieb neulich, man müsse das preußische Wahlrecht erobern, um Preußen klein zu kriegen, aber nach dem Wahlrecht müssen sie erst noch die preußische Armee und die Offizierkorps überwinden, um zu ihrem Zukunftsstaat zu gelangen, von dem keiner weiß, ob er ein großes Zuchthaus, oder ein großes Irrenhaus sein wird. (Heiterkeit rechts und b. d. Freis.) Das deutsche Offizierkorps wird sich an jedem neuen Tage von St. Privat im Sonnenglanz seines alten Ruhmes zeigen. (Lärmender Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wagner beglückwünscht den Redner namens des Vereins deutscher Studenten.

Abg. Häusler (Zentr.) tritt erneut für die zweijährige Dienstzeit bei der Kavallerie ein und weist darauf hin, daß die Erfahrung alle Einwände gegen die zweijährige Dienstzeit bei der Infanterie glänzend widerlegt hat. (Bravo! im Zentr. und links.)

Abg. Hilpert (Südd. Bauernbund) bleibt völlig unverständlich, hält aber unzweifelhaft seine alljährliche Rede zugunsten der Veteranenfürsorge.

Abg. Köhler (Wirtsch. Vgg.) empfiehlt seine Resolution betr. die Einführung landwirtschaftlicher Kurse im Heere.

Abg. Zubeil (Soz.):

Der Herr v. Oldenburg wollte sich einen guten Abgang schaffen, indem er wieder einmal auf unser Verhalten bei der Beileidskundgebung für den portugiesischen König schalt. Wir befinden uns dabei in der Gesellschaft des ungarischen Abgeordnetenhauses, in welchen eben so wenig Sozialdemokraten sitzen, wie im preußischen Dreiklassenhause. Das ungarische Parlament hat ausdrücklich abgelehnt, eine Sympathiekundgebung für den verfassungsbrüchigen König zu veranstalten. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Uebrigens mag Herr v. Oldenburg doch nach Portugal gehen und dort an Stelle des plötzlich geflüchteten Herrn Franco den starken Mann spielen. (Lebh. Heiterkeit und Zustimmung b. d. Soz.) Oder er möge eine Politik nach Francos Art in Deutschland versuchen; die Folgen werden ähnliche sein wie in Portugal. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir bekämpfen das Militärkabinet, weil ihm gegenüber der Kriegsminister nur eine machtlose Puppe ist. Gewiß werden die Militärmißhandlungen von oben bekämpft; sie blühen aber munter weiter. Hier die Leute von der Rechten, die jede wirksame Reform des Militärstrafrechts verhindern, tragen mit die Verantwortung dafür, wenn bis aufs Blut gepeinigte Soldaten zur Selbsthilfe gegen ihre Schinder greifen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir Sozialdemokraten sind auch für Disziplin, aber Disziplin darf nicht mit blindem Kadavergehorsam verwechselt werden. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.) Ehe nicht die Soldatenschinder mit Schimpf und Schande aus dem Heere gejagt werden, ist kein Aufhören der Soldatenmißhandlungen zu erwarten. Wir haben es erlebt, daß schon bald nach dem Kriege von 1870 ein Sohn eines früheren Kriegsministers als ärgster Soldatenschinder auftrat. (Hört, hört! bei den Soz.) Redner erzählt ausführlich den Fall eines mißhandelten Soldaten, dem der Unteroffizier unter Mißhandlungen angedroht hat, den Arm abzuhauen. (Abg. v. Oldenburg ruft: Hat er ihm den Arm wirklich abhauen?) Also für Herrn v. Oldenburg

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Menschenrassen. Ueber Menschenrassen plauderte Prof. Robert Koch kürzlich in Berlin. Wir entnehmen der „Tägl. Rundsch." folgendes:

„Ich glaube, daß es nur zwei Menschenrassen gibt," äußerte sich Koch bei einer nochmaligen Berührung des Kapitels vom Tropenhut, „eine hellfarbige Rasse und eine dunkelfarbige. In der Schule wurde uns noch gelehrt, es gäbe fünf Rassen: die weiße oder kaukasische, die natürlich zuerst kam und hoch über den anderen stehen sollte, die rote Rasse der Indianer, die braune der Malayen, die gelbe der Mongolen und schließlich die schwarze Rasse. In Wirklichkeit ist klar, daß Kaukasier, Mongolen und Indianer eng zu einander gehören. Die Malayen wieder sind eine Mischrasse aus Mongolen und Schwarzen, und nur die Schwarzen sind eine Rasse für sich. Eine interessante Analogie, aus der ich aber keineswegs auf eine unmittelbare Deszendenz im Sinne mißverstandener Darwinischer Ideen schließe, zeigt sich bei den menschenähnlichen Affen. Auch hier haben wir eine dunkle Rasse, Schimpanse und Gorilla, und eine helle, den Orangutan. Beider Heimat liegt am Aequator, wo auch der Mensch zu Hause ist. Denn käme der Mensch nicht vom Aequator, so wäre er nicht nackt. Und wohnen die schwarzen Menschen dort, wo die schwarzen Affen sitzen; die hellen kommen von dort her, wo die hellen Affen vorkommen. Wann die Gabelung vorgekommen ist, weiß ich nicht. Merkwürdig ist auch, daß die schwarzen Menschen wie die schwarzen Affen krauses, die hellen Menschen wie die hellen Affen straffes Kopfhaar haben. Das Kopfhaar ist der natürliche Tropenhelm.

Aus aller Welt.

Die Revolution im Militarismus. Unter dieser Spitzmarke macht Paul Scheerbart in der Zeitschrift „Morgen" folgende anscheinend humoristische Betrachtung, der man einen ernsten Hintergrund nicht absprechen kann:

Ich hatte vor kurzem das Vergnügen, einen Pariser Ingenieur kennen zu lernen, der sich über die bevorstehenden Umwälzungen im Militärwesen ungefähr folgendermaßen äußerte:

Wer da glaubt, sagte er heftig, daß die Zukunftskriege human geführt werden könnten, der macht die Rechnung ohne die Japaner und die Chinesen. Diese Kulturvölker denken nicht daran, die weiße Rasse zu schonen; man wird nicht nur alle Brand- und Sprengstoffe im Kriege verwenden, man wird auch alle Giftstoffe benutzen. Und das zwingt die Europäer, dasselbe zu tun. Und dennoch wird man die ganze Kriegsführung zweifellos sehr bald den Technikern und Ingenieuren überlassen müssen; nur diese können die neuen Mordwerkzeuge herstellen und verwenden. Daß die lenkbaren Luftfahrzeuge das gesamte Kriegswesen umkrempeln müssen, das wird wohl bald auch dem Dümmsten klar sein. Festungen, Uniformen, Fußtruppen, Reiterei und Schlachtschiffe werden in drei Jahren zum alten Eisen geworfen sein; ein paar hundert „Lenkbare" werden bei Ausbruch des Krieges unzählige Dynamitbomben in die Großstädte werfen. Und der ganze Kampf wird nur ein Kampf der lenkbaren Luftschiffe sein. Die stehenden Heere Europas sind darum ganz überflüssig. Man hat die Techniker und Ingenieure mit der Neuschaffung der Landesverteidigung zu beauftragen. Die Luftschiffe sind so zu konstruieren, daß sie außer den Sprengstoffen auch noch Brennstoffe tragen können; die Verbindung beider befähigt die Kriegführenden, sofort die Städte auch in Brand zu setzen. Gleichzeitig sind Giftbomben zu werfen, die giftige Gase ausströmen. Diese „schärfere Kriegskunst" kann nur von wissenschaftlich gebildeten Technikern geschaffen und ausgeübt werden; diesen zuliebe muß aber selbstverständlich das übrige Heerwesen weichen; es darf nicht mehr weiterexistieren. Es wird ein europäischer Ingenieurverein gebildet werden, der nur darauf hinarbeiten soll, den europäischen Offizierkorps klar zu machen, daß ihre letzte Stunde geschlagen hat.

Ich fragte, was das Publikum zu dieser „schärferen Kriegskunst" sagen würde. Und da meinte er, daß alle Welt aufatmen würde — da ja bei derartiger Kriegsführung jeder Staat alles daran setzen wird, die Entstehung der Kriege zu verhindern.

Der Brand des Dampfers „St. Cuthbert". Ueber die Feuersbrunst, die, wie schon gestern berichtet, an Bord des englischen Dampfers „St. Cuthbert" an der Küste von Neuschottland ausbrach, wobei fünfzehn Menschen ihr Leben einbüßten, werden dem „B. T." noch folgende Einzelheiten aus Newyork unterm 4. Februar gemeldet: Der White Star-Dampfer „Cymric", der die Geretteten des „St. Cuthbert" an Bord hat, wird heute Nacht in Boston erwartet. Einer der Reisenden auf der „Cymric" hat ein drahtloses Telegramm von Bord des Schiffes hierher gesandt, das folgende Einzelheiten berichtet: Am Montag früh entdeckten wir auf der Höhe von Neuschottland einen in Flammen stehenden Dampfer. Es war der „St. Cuthbert", der von Antwerpen nach Newyork unterwegs war. Seine Maschinen waren durch eine Explosion gebrauchsunfähig geworden; dabei wurden auch mehrere Mann verletzt. Der Vordermast stürzte um; dabei stürzte der Mann im Ausguck herab und fand den Tod in den Flammen. Auch neun Personen, die als blinde Passagiere im Hinterteile des Schiffes eingeschlossen waren, sollen umgekommen sein. Unter den fünfzehn Ertrunkenen, die in der vollgeschlagenen Schaluppe Rettung gesucht hatten, befindet sich der erste Offizier des „St. Cuthbert". Der Brand war schon am Sonntag ausgebrochen; als wir Montag Morgen das brennende Schiff sichteten, herrschte ein furchtbarer Sturm, der das Rettungswerk zunächst unmöglich machte. Wir warteten vergeblich das Abflauen des Unwetters ab. Schließlich gelang es, nachdem auch noch Oel auf die Wogen gegossen war, ein Boot flott zu machen, das in drei gefahrvollen Fahrten im stärksten Schneesturm die 37 Ueberlebenden herüberholte. Sie hatten sämtlich Furchtbares ausgestanden; allen waren die Füße mit Brandwunden bedeckt. Der Kapitän Bankes hat besonders schwere Verletzungen davongetragen. — Einem weiteren Telegramm aus Antwerpen zufolge hat die Nachricht von dem Brand des Dampfers in Antwerpen große Bestürzung hervorgerufen, da 46 Mann der Besatzung aus Antwerpen stammen. Ihre Angehörigen belagern angsterfüllt die Bureaus der Gesellschaft Steinmann u. Komp., um neue Nachrichten über die Matrosen zu erhalten. Um die Namen der Umgekommenen festzustellen, bedarf es noch der Ankunft des Dampfers in Boston.

Auf Leben und Tod. Ein Kampf auf Leben und Tod zwischen Förster und Wilderern hat im Wasenburger Walde bei Neustadt, an der Main-Weserbahn, stattgefunden. Auf den Anruf des Försters, das Gewehr abzugeben, schlugen die Wilderer auf den Beamten an. Es fielen fast zu gleicher Zeit auf beiden Seiten Schüsse; der Förster blieb zwar unversehrt, hatte aber die Wilderer nicht so getroffen, daß sie kampfunfähig geworden waren. Es kam zum Handgemenge; die Wilderer schlugen den Förster mit dem Gewehrkolben zu Boden; in dem Glauben, er sei tot, ließen sie ihn liegen und flohen nach Hause. Der Förster lag längere Zeit bewußtlos im Walde, kam aber schließlich wieder zur Besinnung, schleppte sich heim und zeigte den einen Wilderer, den er erkannt hatte, an. Er ist bereits verhaftet worden.

Ein Hund als Brandstifter. Mittwoch Abend wurde die Berliner Feuerwehr nach dem Hause Eldenaerstraße 9 gerufen, wo in der Wohnung eines Schneiders ein Brand entstanden war. Der Hund hatte die Tischdecke mit der brennenden Petroleumlampe heruntergerissen, die dann explodierte. Die Wehr löschte das Feuer in kurzer Zeit.

An einem Seehund erstickt. An einem Seehund erstickt ist ein sieben Meter langer Walfisch. Mit einem kleinen Seehund im Halse wurde das Tier tot in der nördlichen Einfahrt zum Sund angetrieben. Zu seinem Transport waren zwei Motorboote erforderlich.

Franziska grüßt! Vor der Erfurter Strafkammer sollte sich eine Wäscherin wegen Diebstahls in straffschärfendem Rückfall verantworten. Sie erschien aber nicht, sondern ließ dem Gerichtshof als Entschuldigung ein Schreiben zugehen, in dem es unter anderem hieß: „Bitte den Termin auf acht Tage zu vertagen, da ich gerade in dieser Woche bei Herrschaften zu waschen habe. Bitte um Bescheid. Es grüßt Franziska H." Den „Bescheid" erhielt sie sofort,

fängt die Mißhandlung erst da an, wo der Mißhandelte zum Krüppel geworden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Bäckergeselle Große, Sohn eines Bäckermeisters, wurde, noch dazu fälschlich, als Sozialdemokrat denunziert. Als er beim Fußartillerieregiment Nr. 4 eintrat, wurde ihm gesagt: Wir werden es Dir schon besorgen, Du großer Halunke, lebendig kommst Du bei uns nicht weg. (Hört, hört! bei den Soz.) Fürchterliche Schikanen haben aus dem vorher durchaus kräftigen jungen Manne einen durchaus gebrechlichen Menschen gemacht. (Hört, hört! und große Bewegung bei den Soz.) Die Rente ist ihm verweigert worden und ebenso die Rente der beiden Leute, die ihn denunziert haben. Die Heeresverwaltung sollte dafür sorgen, daß der zum Krüppel geschlagene Mensch sein Recht findet und nicht der Ortsarmenverwaltung zur Last fällt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Redner tritt eindringlich für einen alten Doppelkämpfer ein, der völlig arbeitsunfähig ist, dessen sämtliche Eingaben aber das Kriegsministerium zurückgewiesen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist der Dank des Vaterlandes für seine alten Krieger. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wer je in der Kaserne gelebt hat, der weiß, was von der Redensart vom patriarchalischen Verhältnis zwischen Offizieren und Soldaten zu halten ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir haben die Aufgabe und die Pflicht, die Soldaten aufzuklären, daß sie nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte haben und daß das Recht der Notwehr ihnen ansteht wie jedem Menschen. (Bravo! b. d. Soz.) Ich bitte nochmals, unsere Resolution auf sofortige Erhöhung der Mannschaftslöhne anzunehmen. Vor allem aber ersuche ich den stellvertretenden Kriegsminister, für Abstellung der Mißhandlungen zu sorgen. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Leonhard (Fr. Vpt.) beklagt die Bevorzugung der Militärapotheker vor den Zivilapothekern.

Abg. Fink zu Finkenstein (kons.): Die Sozialdemokraten haben kein Recht, sich über Soldatenmißhandlungen zu beschweren, da sie selbst die Arbeitswilligen mißhandeln. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. Linck (natl.) und Generalmajor v. Landau unterhalten sich über das Submissionswesen.

Abg. Haußmann (Südd. Vp.): Auf zwei wichtige Anfragen ist die Militärverwaltung die Antwort schuldig geblieben. Sie hat nicht gesagt, welche Ersparnisse sie beabsichtigt, sie hat nicht auf unsere Anfrage über die Stellung des Militärkabinets geantwortet, denn die Berufung auf die Kommandogewalt war keine Antwort. Wir sind doch nicht dazu da, die Hacken zusammenzuschlagen wenn das Wort Kommandogewalt hier ertönt. (Unruhe rechts — Zustimmung links.) Ganz unangebracht war der Hinweis des Herrn von Oldenburg auf die besonderen Verdienste der Junker im Kriege 1870. Auf jeden Junker, der damals gefallen ist, sind tausend Bürger gekommen. (Sehr gut! links.) Durch Aeußerungen, wie die des Herrn von Oldenburg, werden die Gegensätze zwischen Adel und Bürgertum nur verschärft. (Sehr wahr! links.) Alle Einwände, die man jetzt gegen die Herabsetzung der kavalleristischen Dienstzeit erhebt, sind früher gegen die Herabsetzung der Dienstzeit bei der Infanterie erhoben worden. (Sehr wahr! links.) Ueberzeugend sind die heutigen Einwände ebenso wenig wie die damaligen. Ich muß dem Abg. Bebel leider darin Recht geben, daß die Kasernen heute Vorschulen der Sozialdemokratie sind. Reden, wie die des Herrn von Oldenburg, verschärfen nur den Gegensatz zwischen den Junkern und denen, die stolz darauf sind, Bürger zu sein. (Bravo! bei den Freis.)

Generalleutnant Sixt v. Armin: Ersparnisse werden gemacht werden, wenn die Landesbefestigung ausgebaut und die Umbewaffnung durchgeführt sein wird. (Stürmische Heiterkeit.) Das Verhältnis der Offiziere zum obersten Kriegsherrn ist ein rein persönliches. (Bravo! rechts.) Die vom Abgeordneten Zubeil vorgetragenen Fälle werden untersucht werden. Versetzen können wir nicht alle Soldaten, die sich beschweren, sonst beschweren sich alle, um nach Berlin zu kommen. (Heiterkeit.)

Hiermit schließt die Debatte.

Persönlich erklärt

Abg. v. Oldenburg (kons.): Herr Haußmann hat mich mißverstanden. Das ist sein Recht.

Abg. Haußmann (Südd. Vp.): Herr von Oldenburg weiß nicht, wozu er im Reichstage ist. Das ist auch sein Recht. (Stürmische Heiterkeit.)

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Angenommen werden die Resolutionen über die Denkschrift betreffend zweijährige Dienstzeit, Freifahrt der Urlauber, Einführung landwirtschaftlicher Kurse, Erntеurlaub, sowie die sozialdemokratische Resolution über die Durchführung der Oeffentlichkeit bei Kriegsgerichtsverhandlungen und über Reform des Militärstrafgesetzbuchs.

Abgelehnt wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Resolution auf Einführung der einjährigen Dienstzeit.

Zurückgestellt wird die Resolution auf sofortige Erhöhung der Mannschaftslöhne.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr. (Weiterberatung des Militäretats.)

Schluß 6¼ Uhr.

Die Ehrenkompagnie des Kohlensyndikats.

Das preußische Dreiklassenparlament erledigte heute die zweite Lesung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinen-Verwaltung. Die Nationalliberalen schickten gleich zwei Kohleninteressenten zur Verteidigung des Kohlensyndikats vor, den bezahlten des Zentralverbandes deutscher Industrieller, Dr. Beumer, und den Bezahlten des Vereins der Bergbauunternehmer an der Saar, Herrn Voltz. Danach kann man sich die Ungenertheit, mit der die Herren den Unternehmerstandpunkt vertraten, leicht vorstellen. Herr Beumer sieht die Schnecke der deutschen Sozialreform noch heute für ein dahinrasendes Automobil an, er erzählt noch heute die lieben alten Großmuttermärchen von den Riesenverlusten der Bergwerksunternehmer in schlechten Zeiten und lullt das Gewissen der Bergherren, die schuld an soviel Arbeiterelend und Arbeiterunglück sind, und die breiten Massen der Konsumenten so dreist auswuchern, durch die mehr als unwahrscheinliche Behauptung ein, daß die hohen Kohlenpreise nur durch die hohen Arbeiterlöhne verschuldet sind. Herr Voltz klagt, daß wir viel zu wenig Unglücksfälle, und daß nicht etwa die profitsüchtige Unternehmerpolitik, Kohlen nach dem Auslande zu exportieren, während man sie in Deutschland braucht wie das liebe Brot, die Kohlenknappheit verschuldet habe, sondern der Mangel an Bergarbeitern, der allerdings eine vollkommene Unmöglichkeit wäre, wenn die Löhne so hoch wären, wie Herr Beumer behauptet. Nur ein wahres Wort sprach Dr. Beumer: daß der Fiskus noch schlimmer sei als die Unternehmer und daß die Arbeiter sich noch mehr vor ihm hüten müßten. Nur ein wahres Wort sprach Herr Voltz: daß man den Bergbau den Leuten überlassen solle, die etwas davon verstehen. Meinte er damit die Geldsackserkorenen des Dreiklassenwahlrechts? oder meinte er damit die Aktionäre der großen Kohlengruben, die in ihren warmen lichten Wohnungen in Berlin W sitzen. Gewiß meinte auch Herr Dr. Voltz die Bergarbeiter, die tief unten in der Erde die Kohlen fördern und höchstens noch die technischen Beamten, die den Betrieb fachmännisch leiten. Diesen sollte in der Tat das Bergwerk gehören.

Nach Schluß der Generaldebatte kam ein Zentrumsantrag auf Anstellung von Erhebungen über die

finanziellen Wirkungen des Knappschaftsgesetzes

zur Beratung. Der Zentrumsredner Brust klagte über den Mangel an Verständnis für die Forderungen der Bergarbeiter im Dreiklassenparlament und über die Nachteile, die den Berginvaliden aus der neuen Knappschaftskassennovelle erwachsen wären. Daß das Zentrum dafür gestimmt hat und mit Willen und Fleiß verhindert hat daß die Materie vor den Reichstag kam, verschwieg der abgetakelte Führer der christlichen Gewerkschaften aufs sorgfältigste. Minister Delbrück bot für den noch immer ungeschlichteten Streit über die Knappschaftsrenten im Dortmunder Revier seine guten Dienste als Vermittler an. Nach seiner heutigen Rede werden die Arbeiter hoffentlich dafür danken; denn er maß ihnen die ganze Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen mit den Unternehmern bei und gab diesen in ihrem Widerstande gegen die Mehrausgabe von 2 Pfg. pro Kopf des Arbeiters und Woche vollkommen recht. Der nationalliberale Abg. Hilbck meinte über den Terrorismus des Bergarbeiter-Verbandes, der die Aeltesten, die gewählten Vertrauensmänner der Arbeiter gezwungen habe, in öffentlicher Abstimmung Farbe zu bekennen und schwor daraufhin seine alte Feindschaft gegen das geheime Wahlrecht ab, die noch bei den letzten beiden Berggesetznovellen Orgien und Triumphe feierte. So erzieht das Proletariat selbst seine schärfsten Gegner zu einer vernünftigen Einsicht. Der Konservative v. Brockhausen besah das Werk des Junkerparlaments, die jüngste Knappschaftskassennovelle, und fand, daß es gut sei. Kein Wunder, daß die Konservativen, die sich unter der oktroyierten Verfassung im Junkerhaus der Prinz Albrechtstraße so wohl fühlen, auch das oktroyierte Knappschaftskassenstatut im Dortmunder Revier für etwas Vortreffliches halten. Die Arbeiter sind in beiden Fällen bekanntlich anderer Meinung. — Der Zentrumsantrag wurde schließlich einstimmig angenommen und die Beratung dieses Etats beendet. Morgen Etat der Bauverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Der Buchdrucker-Redakteur Rexhäuser ist augenblicklich von seiner diesjährigen Periode der Sozialistenvernichtung befallen, was in der bürgerlichen Presse mit dem üblichen Beifall begrüßt wird. Dieser Herr Rexhäuser, dessen Ruf in der deutschen Arbeiterschaft schon lange nicht der beste ist, benutzt sein Amt als Buchdruckerredakteur, um eine in seinem Gefühl und seinen Ansichten wurzelnde Kritik sozialdemokratischer Strömungen so unmäßig zu übertreiben, daß er dabei den Fehler seiner Feinde ums Zehnfache übertrifft und seinen Namen nur noch mehr befleckt. Da jedoch Stumm, Stöcker, Eugen Richter und andere Humoristen über den Zukunftsstaat und die Sozialdemokratie schon viel faulere Witze gemacht haben als Rex, ohne daß wir davon gestorben wären, erübrigt sich ein Eingehen auf seine aufgewärmten Kapuzinaden.

Der Sozialdemokratische Verein für Leipzig-Stadt hatte im letzten Halbjahre 1907 eine Mitgliederzunahme von 95. Die Einnahme betrug 10 286.07 Mk., der Kassenbestand 3018.62 Mk. Unter den Ausgabeposten seien hervorgehoben: An den Parteivorstand 500 Mk., an das Agitationskomitee 1 00 Mk., Anschaffungen in der Bibliothek 1063.45 Mk. Im April ist vom Verein die Zentralbibliothek übernommen worden. Sie zählt 2400 Bände, durch die Zuwendung der verschiedenen Gewerkschaftsbibliotheken und mit der Angliederung der Jaeckh-, Schoenlank- und Wilich'schen Bibliotheken und den angeschafften neuen Büchern hat sie jetzt etwa 7 00 Bände. Die Bibliothekseinrichtung hat etwa 3300 Mk. gekostet; hinzu kommt noch die Miete. Diesen hohen Ausgaben entsprechend ist ihre Benutzung, obwohl sich die Entleiherzahl seit Juli nahezu verdoppelt hat, noch sehr gering. Auch das Lesezimmer mit der dort ausliegenden reichhaltigen Tagesliteratur wird noch zu wenig benutzt.

Der Parteiverein zu Karlsruhe beschloß die Erhöhung des Monatsbeitrages auf 40 Pfennig. Der Verein hat einen kräftigen Aufschwung aufzuweisen.

Der neue Leiter des italienischen Zentralorgans. Der römische Parteivorstand lehnte mit 25 Stimmen die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages ab und erwählte Morgari mit 22 gegen 5 Stimmen zum Chefredakteur des „Avanti".

Arbeiterbewegung.

Interessante Zahlen. Von der Arbeitslosigkeit im Holzgewerbe in Dresden gibt der Geschäftsbericht der Zahlstelle Dresden des Deutschen Holzarbeiterverbandes ein drastisches Bild. Nach dem Ergebnis der ausgefüllten Jahresfragekarten waren im verflossenen Jahre 1308 Holzarbeiter 54,869 Tage arbeitslos, also jeder von ihnen durchschnittlich 42 Tage. 822 Holzarbeiter waren 27,683 Tage krank, kommen auf jeden 33½ Tage. An Arbeitslosenunterstützung wurden an Bezugsberechtigte ausgezahlt an 14 9 Mitglieder für 18,307 Tage 33,481 Mk. An Krankenunterstützung an 484 Mitglieder für 9365 Tage 7337 Mk. Die Mitgliederzahl der Zahlstelle fiel infolge der schlechten Baukonjunktur, Arbeitslosigkeit, Abreise von 5006 im ersten Quartal auf 4797 am Ende des vierten Quartals. An Verbesserungen wurden von der Organisation erreicht für 1800 Personen (vom 1. Februar 1907 an) 1 Stunde wöchentliche Arbeitszeitverkürzung, außerdem für 1650 Mitglieder eine wöchentliche Lohnerhöhung von 1.70 Mk. pro Woche. Von 3174 Mitgliedern, die die Fragebogen ausgefüllt haben, waren 1295 = 41 Prozent politisch organisiert, 2295 = 72,1 Prozent Leser der Arbeiterpresse, 1683 gleich 53 Prozent Mitglieder eines Konsumvereins.

Arbeitslosen-Versammlung in Dresden. Mittwoch Vormittag fand eine von 2000 Personen besuchte Versammlung Arbeitsloser statt, welche schon lange vor der festgesetzten Zeit polizeilich abgesperrt war. Viele fanden keinen Einlaß mehr.

In Leipzig sind die Schuhmacher in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes. Von der Bewegung werden etwa 1100 Geschäfte bezw. selbständige Schuhmacher betroffen.

Lohnbewegung in der Berliner Lederindustrie. Die in der Kofferindustrie Groß-Berlins beschäftigten Sattler und Hilfsarbeiter nahmen zur Kündigung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeber Stellung und beschlossen, den Unternehmern Forderungen zu unterbreiten.

Der 8 Uhr-Ladenschluß in Berlin. Für den 8 Uhr-Ladenschluß haben sich 22,959 Inhaber von Geschäften erklärt. Das sind mehr als die erforderlichen zwei Drittel.

Internationale Streikstatistik für das Jahr 1906. Nach amtlichen Angaben der einzelnen Länder stellte sich in den Jahren 1905 und 1906 die Zahl der Streikfälle sowie die Zahl der Streikenden, wie folgt:

	1905		1906	
	Streiks	Beteiligte	Streiks	Beteiligte
Deutschland	2,657	526,810	3,626	349,327
Oesterreich	703	—	906	—
Niederlande	132	—	187	—
Belgien	133	75,672	225	50,479
Frankreich	830	177,666	1309	438466
Schweden	175	32,368	277	18,612
Norwegen	—	1748	—	2.587
Großbritannien	358	67,653	486	157,872
Kanada	87	—	138	—

Von wenigen Ländern abgesehen, hat die Streikbewegung im Jahre 1906 zugenommen. Das Jahr 1905 hatte in Deutschland einige sehr umfangreiche Streiks gebracht, so namentlich den ge-

Zahlabend des Sozialdemokrat. Vereins Breslau Montag, 10. Februar, Abends 8 Uhr in den Bezirkslokalen.

denn der Gerichtshof ließ die Säumige durch einen Polizeibeamten alsbald aus ihrer Wohnung vorführen. Die Frau erhielt 6 Monate Gefängnis.

Noch eine Wasserstraßenbahn. Bei dem Berliner Polizeipräsidium wurde die Genehmigung für ein neues Motorbootunternehmen nachgesucht. Es wird beabsichtigt, zum 15. Mai d. J. auf dem Landwehrkanal, und zwar vorerst zwischen der Potsdamerbrücke bis zum Halleschen Tor, mit vier Motorbooten einen Versuchsbetrieb einzuführen. Für die etwa 1800 Meter lange in Aussicht genommene Strecke soll der Fünfpfennigtarif zugrunde gelegt werden. Wenn der Versuchsbetrieb sich rentiert, sollen weitere Motorbootlinien eingerichtet werden.

Ein Raubmordversuch erregt in Regensburg großes Aufsehen. Ein zwanzig Jahre alter Arbeiter überfiel den Aufseher Kammeier von der Edenkoben'schen Kunststeinfabrik, schlug ihn mit einem Hackbeil nieder und bearbeitete ihn dann mit dem Messer, nachdem ihm der Schwerverletzte jene Waffe entwunden hatte. Auf die Bitte des Verwundeten, ihn doch nicht ganz umzubringen, erklärte der Räuber, er müsse ihn totschlagen, ließ aber dann doch von ihm ab, auf das Versprechen, ihn nicht zu verraten. Dem Schwerverletzten gelang es unter Aufbietung der letzten Kraft, den Räuber in einen Seitenraum zu drängen und dort einzusperren. Der Räuber entkam jedoch, warf aber dann die geraubten 67 Mk. fort und stellte sich selbst der Polizei. Der Aufseher wird kaum mit dem Leben davonkommen.

Die eingeschneiten Fremden-Legionäre. Man berichtet aus Algier das Verschwinden einer weiteren Abteilung Soldaten der Fremdenlegion, bestehend aus 14 Mann unter dem Befehl eines Sergeanten und zweier Unteroffiziere. Es wird befürchtet, daß auch diese während der jüngsten Schneestürme umgekommen ist. Aerzte und Krankenwärter sind nach Fort Hasse abgegangen, wohin auch General Giay unterwegs ist. Ferner wird aus Blidah gemeldet, daß eine Abteilung von 13 Soldaten, welche zu einer in der Nähe von Ferrukk lagernden Expedition gehören, vermißt wird. Die Ortschaft Ferrukk, welche 1500 Meter über dem Meeresspiegel liegt, ist infolge der Schneeverwehungen vollständig von der Außenwelt abgeschnitten. Eine Hilfskolonne ist bereits unterwegs.

Noble Prinzen-Verwandtschaft. Vor dem Pariser Gericht hatten sich am Dienstag zwei Verwandte des Adels wegen gegenseitiger körperlicher Mißhandlung zu verantworten. Der Graf Boni de Castellane war beschuldigt, seinen Vetter, den Prinzen von Sagan mit Fußtritten und Faustschlägen, als dieser auf dem Boden lag, schwer mißhandelt zu haben. Das Urteil wird erst in acht Tagen verkündet werden. Wenn solche Roheiten von Arbeitern begangen werden, regt sich diese Sorte von Prinzen selbstverständlich immer am meisten über die rohen Arbeiter auf.

Die männliche Tochter. Eine drollige Szene spielte sich auf dem Standesamte in Dünkirchen ab. Fräulein Leys, eine hübsche Brünette von zwanzig Jahren, hatte sich verlobt, und die Mutter begab sich auf das Standesamt, um die erforderlichen Papiere zu beschaffen und das Aufgebot für die Tochter zu bestellen. Sie erfuhr von dem Beamten, daß sie gar keine Tochter habe, sondern daß unter dem angegebenen Datum für das Ehepaar Leys ein Sohn eingetragen sei. Kein Beteuern der Frau half, der Beamte verweigerte die Schriftstücke auszuhändigen und blieb dabei, daß es sich um einen Sohn handle. Nach vielem Hin und Her klärte sich die Sache auf: die Vornamen des neugeborenen Mädchens waren mit Gauden Arsene angegeben worden und der Beamte hatte, da er diese als männliche Vornamen auffaßte, einen Sohn in das Geburtsregister eingetragen. Trotz alledem wurde der Mutter erklärt, daß ihr Kind in den Büchern der Behörde ein Sohn sei, und daß deswegen das Aufgebot nicht erfolgen könne. Nun muß das Brautpaar noch einige Wochen mit der Hochzeitsfeier warten, bis die erforderliche Richtigstellung des Geburtsregisters von der Behörde bewilligt ist. Um die Ironie des Schicksals voll zu machen, erhielt die glückliche Braut wenige Tage später ein Schreiben von der Militärbehörde, in dem Monsieur Arsene Leys aufgefordert wird, sich an einem der nächsten Tage zur Aushebung für den Militärdienst zu stellen.

Eine australische Plage. Nach fünfjähriger Arbeit haben die australischen Regierungsingenieure ein 2000 englische Meilen langes Kaninchengatter fertiggestellt, das tief in den australischen Kontinent hinein sich erstreckt. Die Kosten dieser Anlage belaufen sich auf fünf Millionen Mark. Von fünf Meilen zu fünf Meilen befinden sich Fallen von großen Dimensionen, in denen sich täglich hunderte von Kaninchen fangen. Die Regierung und das Land erwarten von diesem Fallensystem eine bedeutende Verringerung der Kaninchenplage, die schon so stark die Verhältnisse der Landwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat, daß die maßgebenden Behörden sich veranlaßt sahen, einen Preis von einer Million Mark für ein Mittel zu stiften, das die Kaninchenplage aus der Welt schaffen könnte. Praktische Köpfe haben schon den Plan gefaßt, die erbeuteten Kaninchen, deren Geschmack dem der Hasen nahe kommt, in gefrorenem Zustande nach Europa zu exportieren.

Kleine Chronik. Wegen finanzieller Verluste erschoß sich der Fabrikbesitzer Rudolf Gärisch in Erfurt. Aus Chemnitz wird gemeldet: Ein achtzehnjähriger Unbekannter trat Mittwoch Abend in das Kontor der Seidenhandlung Dietrich ein und hielt dem Inhaber einen geladenen Revolver vor, um von ihm Geld zu erpressen. Der Inhaber schleuderte den Burschen in die Ecke und schloß ihn in das Zimmer ein. Der Attentäter verwundete sich darauf selbst mit zwei Schüssen in die Schläfe lebensgefährlich. — Im Sauerland herrscht starkes Schneetreiben. Der Schnee liegt fußhoch. Es sind starke Verkehrsstörungen eingetreten. — Bei den Schülern einer Oberhausener Elementarschule wurde ein Waffendepot entdeckt, zehn Knaben im Alter von etwa dreizehn Jahren waren im Besitze von Schußwaffen und Munition. Manche Knaben hatten Messer, sogenannte Genickfänger, in ihren Taschen. — In Wesseling bei Bonn wurde Dienstag Abend ein Bäckermeister, als er mit seinem Sohn, der ein verdächtiges Geräusch wahrgenommen hatte, in den Keller hinabstieg, von einem Dieb durch einen Revolverschuß getötet. Als Täter wurde der Arbeiter Emil Welter aus Pommern festgenommen, der nach längerem Verhör die Tat eingestand. Welter gibt an, er habe in dem Keller, in dem ihn der Bäckermeister überraschte, übernachten wollen.

* * *

Steuerpolitik.

Sie fragen hin, sie fragen her
(Mit Rücksicht auf die Wahlen):
Wo nehm' ich neue Steuern her,
Die and're Leute zahlen?
Aus nichts erschuf einst Gott die Welt;
Wo nichts ist, holt der Staat das Geld
Für die, die etwas haben.

Die Zigarette wird verpappt
Mit einem bunten Schleifchen,
Und einen Pfennig mehr berappt,
Der Luki für sein Pfeifchen.
Draus baut das Reich zwei Panzer mehr.
Das freut die großen Herren sehr;
Sie rufen: Hoch der Kaiser!

Ein solches Hoch rentiert sich auch,
Wie weiland Jakobs Linsen.
Denn füllt der Fiskus seinen Bauch,
So brauchst du nicht zu zinsen,
Besteuert wird ja nur die Not;
Du aber bleibst ein Patriot,
Auf anderer Leute Kosten.

Edgar Steiger im „Simpl."

walkiaen Bergarbeiterstreik. Infolgedessen ging die Beteiligtenziffer auffallend zurück. Um so stärker nahm sie aber in Frankreich und Großbritannien zu, wo sich die Zahl der Streikenden gegen 1905 mehr als verdoppelt hat. Jedenfalls war die internationale Streikbewegung 1906 noch merklich lebhafter als 1905.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. Februar.

Geschichtskalender.

7. Februar.

1801 Maler und Kupferstecher Daniel Chodowiecki in Berlin †.
1823 Der Komponist Richard Genee in Danzig *.
Die englische Romanschriftstellerin Anne Radcliffe in London †.
1824 Astronom und Physiker Sir William Huggins in London *.
1852 Maler und Dichter Robert Reinick in Dresden †.
1904 Reichstagsabgeordneter Genosse Rosenow †.

Der Februar-Zahlabend

des Sozialdemokratischen Vereins Breslau findet Montag, den 10. d. Mts., Abends 8 Uhr, in den Bezirks-Lokalen statt. Diese monatlichen Zusammenkünfte der Mitglieder haben sich seit ihrer Einführung im April 1907 durchaus bewährt. Der Verein mit seinen 6000 organisierten Genossen kann nicht in einem Versammlungs-Lokale allein seine Arbeiten erledigen; es mußte eine Verteilung der Kräfte auf die einzelnen Stadtteile, die Distrikte und Bezirke, vorgenommen werden. So ist der Zahlabend schon im Laufe weniger Monate zu einem notwendigen Bestandteil unserer Parteiorganisation überhaupt geworden. Während die Mitglieder-Versammlungen im Gewerkschaftshause ihrer hauptsächlich geschäftlichen Natur wegen meistens nur von 200 bis 300 Personen besucht sind, versammeln die Zahlabende durchschnittlich 1500 Mitglieder. Das ist der beste Beweis, wie sehr sie sich eingelebt haben und von den Genossen selbst als notwendig empfunden werden. Es muß sich aber noch besser gestalten! Jedes Mitglied, das Interesse an der Kräftigung und dem weiteren Ausbau des Parteilebens besitzt, sollte es sich zur Aufgabe machen, wenn irgend möglich je den Zahlabend zu besuchen. Die kommenden Monate, mit den Stadtverordneten- und Landtagswahlen werden an uns große Anforderungen stellen; Erfolge sind nur dann zu erwarten, wenn in erster Reihe die organisierten Genossen wacker auf dem Posten stehen.

Was uns besonders nottut, ist eine gut gefüllte Kriegskasse, die uns gegen alle Ueberraschungen sichert und überhaupt die Möglichkeit gibt, die Wahl- und Wahlrechtskämpfe mit voller Kraft und Ausdauer zu führen. Der Vorstand stellt deshalb in der demnächst stattfindenden General-Versammlung den Antrag:

zur Schaffung eines ständigen Wahlfonds einen vierteljährlichen Extrabeitrag von 10 Pfg. zu erheben.

Damit alle Mitglieder Gelegenheit haben, sich zu diesem Antrage zu äußern, soll über ihn am nächsten Zahlabend verhandelt werden. An die Distrikts- und Bezirksführer richten wir das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß dies geschieht. Es ist zu erwarten, daß die Genossen trotz der Not der Zeit einmütig die kleine Beitragserhöhung opferwillig auf sich nehmen, damit der so nötige Kampffonds zum Vorteil unserer großen Sache recht bald geschaffen wird.

Auf zum Zahlabend!

Allerhöchste Kriecherei. Das „Evang. Kirchenblatt für Schlesien" schreibt: In einer auswärtigen Kirchenzeitung stand neulich ein Bittgesuch einer Diasporaanstalt in Preußisch-Schlesien, das im Druck an Gustav-Adolf-Vereine, Gönner und so weiter verschickt worden ist. Dieses Gesuch leistet in höfischer Kriecherei und devotestem Schmeichelstiel derart Unglaubliches, daß man anfangs zweifeln konnte, ob es nicht etwa zur Persiflage solcher Methode fingiert sei. Leider ist das nicht der Fall. Das Gesuch ist genau so vom Mariannenstift in Reichenstein 1907 verschickt worden. Einige Proben daraus mögen hier Platz finden. Es ist die Rede von dem Ableben des Geschwisterpaares, des Prinzen Albrecht von Preußen und der Frau Herzogin Wilhelm zu Mecklenburg-Schwerin, Prinzessin von Preußen. Darin heißt es:

„Wir, die wir des Vorzuges gewürdigt wurden, hier in der nächsten Nähe **Höchstihrer Residenzen**, Camenz im preußischen und Weißwasser im österreichischen Schlesien, zu arbeiten und den **Glanz Höchstihrer edlen Charaktereigenschaften** zu schauen und die Wärme **Höchstihrer Glaubens- und Liebesarbeit** unmittelbar zu empfinden, werden nun des Verlustes desto mehr inne. Gar häufig hat **Höchstdieselbe** unser Mariannenstift besucht. An besonderen Festtagen hat **Höchstdieselbe** für die Kleinkinderschule, für welche **Höchstihr huldreiches Herz** besonders warm schlug, die Festtafel decken lassen, und sogar mit **Höchsteigener Hand** den Unbeholfenen, wie eine Mutter ihren Kindern, die Speisen zum Munde geführt. Und nicht allein, daß diese **Hohe Wohltäterin** für unsere Anstalt die beiden Stiftungen des Herzogin-Wilhelm-Legats und des Henry-Freibetts begründete, war **Höchstdieselbe** bemüht, auch andere zur Unterstützung unserer Anstalt zu gewinnen, und erweckte auch bei J. J. M. M. dem Kaiser und der Kaiserin **Allergnädigste** Teilnahme, welche sich in dem Anfang des Kaiser-Wilhelm-Freibetts und in einem Gewinn für eine von J. K. H. der Frau Herzogin Wilhelm veranstaltete Lotterie kundgab, welch letztere die Bestimmung hatte, durch ihren Erlös den Ankauf eines Grundstücks für einen Bethsal und einige Krankenstuben zu ermöglichen, und somit auch für die Zukunft des Mariannenstifts und des Gemeindelebens zu wirken. Gar manche **Höchstihrer Briefe** geben Zeugnis davon, daß **Höchstihre persönliche Wohltätigkeit** nicht mit der äußerlich bemerkbaren Darreichung der Gaben endete, sondern daß die Arbeiten mit unserer Anstalt einen Teil des Inhalts **Höchstihrer Gebete** in der Stille ausmachen. Das äußere Zeichen unserer Dankbarkeit für alles, was die Hohen Wohltäter für unsere Arbeit zum Wohle der Glaubensgenossen bedeuteten, konnten nur schlichte Kränze sein. Aber wir begleiteten diese mit dem innigen Gebet: der HErr, der **Höchstdieselben** zu Seiner Ruhe eingeführt, da Sie ruhen sollen von **Höchstihren Werken**, wie Gott von den Seinigen, mache das Andenken dieser Gerechten zum bleibenden Segen für alle an dem Verlust Beteiligten, und dieser Segen ruhe in reicher Fülle vor allem auch auf **Höchstihren Durchlauchtigsten Kindern und Kindeskindern.**"

Solche Kriecherei ist allerdings kaum noch zu überbieten. In solchen Worten sprechen ja nicht mal götzendienerische Asiaten von ihren Fürsten.

* **Ferien für Gemeindearbeiter.** Aus dem Bureau der Gemeindearbeiter schreibt man uns: Die in der Nr. 28 der „Volkswacht" gebrachte Notiz über die Ferien der Gemeindearbeiter entspricht für Breslau nicht mehr den Tatsachen. Es ist vielmehr ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Es gibt jetzt — ab Sommer 1906 — nicht mehr erst nach 5 Jahren, sondern bereits nach 3 Jahren drei Tage Urlaub, dann nach 5 Jahren fünf Tage und nach 10 Jahren eine volle Woche. Es ist das ja immerhin kein idealer Zustand, da wir einen Urlaub unter einer Woche eigentlich für keinen solchen halten, dennoch ist es ein Fortschritt. Denn 1903 vor der Gründung der hiesigen Filiale gab es überhaupt keinen Urlaub! Dabei wollen wir auch durchaus anerkennen, daß auch das Entgegenkommen beim Magistrat erheblich gewachsen ist und wir sehen mit Spannung dem Tage entgegen, wo unser Oberbürgermeister mit uns vom Gemeindearbeiter-Verband den ersten Tarifvertrag abschließen wird!

* **Genosse Robert Albert** wird, wenn dies Blatt in die Hände unserer Leser gelangt, seine dreiwöchentliche Strafe wegen angeblicher Beleidigung niederschlesischer Grubenbeamten verbüßt haben und bereits in unserem Kreise weilen. Wir sind nicht zweifelhaft, daß er als unverbesserlicher Sünder die Kletschkauer Pension wieder verlassen hat und wie wir hoffen wollen, auch gesund.

* **Ein großer Industrie-Verband der Nahrungsmittelbranche?** Ueber diese Frage wird in einer am nächsten Sonntag Nachmittag im Gewerkschaftshause stattfindenden Versammlung nach einem vom Gauleiter des Mühlenarbeiter-Verbandes, Genossen A. Schilan, gehaltenen Vortrag über die Gründung eines Industrie-Verbandes für die Nahrungsmittelbranche debattiert werden. Da für denselben die Brauer, Bäcker, Fleischer und Mühlenarbeiter in Betracht kommen, ist der Besuch dieser Branchen von Wichtigkeit. Die Versammlung beginnt um 3½ Uhr und findet im großen Saale statt.

* **Eine schlimme Illustration** erhält die „gesicherte Existenz der Arbeiter" durch einen Fall, von dem uns aus der Hoffmannschen Fabrik Mitteilung gemacht wird. Seit 25 Jahren hat ein Arbeiter, der schon im Jahre 1866 zum ersten Male bei der Firma Arbeit nahm, der dortigen Betriebskrankenkasse angehört und als er von unheilbarer Krankheit befallen war, seit 26 Wochen Krankengeld bezogen. Von da an aber ist's mit der gesicherten Existenz aus. Nicht nur das Krankengeld, sondern auch die ärztliche Hilfe und die Gewährung von Medizin hört auf. An Stelle der Krankenkasse tritt nunmehr die Invalidenversicherung — aber wie „sichert" sie die Existenz? Der Kranke ruft nach ärztlicher Hilfe, nach lindernden Medikamenten. Wie soll er sie von, irren wir nicht, 15 Mark monatlicher Rente bestreiten, wo ein einziger ärztlicher Gang 2 Mark kostet? — In der Wirklichkeit steht's mit der gesicherten Existenz recht traurig aus.

Ein anderer Fall. In einer hiesigen Möbelfabrik nahm ein längere Zeit arbeitsloser Tischler Stellung. Er bekannte bei der Aufnahme, daß ihn ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse seit dem Oktober aus seinem Beruf geworfen haben und daß er sich seitdem mit kurzzeitigen Stellungen in anderer Tätigkeit durchgefristet hat. Zu dieser wirtschaftlichen Bedrängnis muß sich der Herumgestoßene dann noch die entehrende Frage gefallen lassen: „Da gehören Sie wohl zu denen, die aus den Fabriken immer etwas mitgehen heißen?" Ein in sicherer sozialer Position stehender Mensch würde sich die verschleierte Frage, ob er ein Spitzbube sei, sicher nicht gefallen lassen, aber ein lange Zeit Arbeitsloser — was soll der groß beginnen?

* **Von den Adjazenten der Kaiserbrücke** hat eine größere Anzahl gegen die Festsetzung der Anlieger-Beiträge Einspruch erhoben. Das war vorauszusehen. Die Herren wollen eben kein Mittel unversucht lassen, um diese Last von sich fern zu halten. Auf den Bau der Brücke hat dieser Protest natürlich keinen Einfluß.

* **Vergehen wider die Religion.** Durch einen harmlosen Scherz in den Schlingen des Strafgesetzbuches gefangen hat sich ein hiesiger Eisendreher. Am 22. August wurde in Neukirch ein Arbeiter beerdigt, der in der Linkeschen Maschinenfabrik beschäftigt gewesen war. An der Beerdigung, bei der auch ein katholischer Geistlicher mitwirkte, nahmen eine größere Anzahl von Kollegen des Verstorbenen teil, darunter auch jener Eisendreher. Nach der Beerdigung begaben sich die beteiligt gewesenen Arbeiter nach dem Gasthause von Nitschke. Nach längerem Aufenthalt kam dann der Eisendreher auf den Gedanken, für die Erheiterung der Gesellschaft etwas zu tun. Er ließ sich einen Topf und einen Kochlöffel geben und ahmte das Besprengen mit Weihwasser nach. Dabei sprach er Worte, durch die gewisse Aufgaben des Himmels verschiedenen irdischen Handwerkern zugewiesen wurden. Hieran hatte jemand Anstoß genommen und den Vorfall zur Anzeige gebracht. Die Anklage legte jetzt dem Eisendreher zur Last, Einrichtungen und Gebräuche der christlichen Kirche, nämlich die Verwendung von Weihwasser und die Erteilung des Segens beschimpft zu haben. Der Staatsanwalt beantragte drei Monate Gefängnis. (!) Das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis. Der Vorfall mag allgemein zur Warnung dienen. Ein wirklich aufgeklärter Arbeiter kümmert sich übrigens überhaupt nicht um das, was die Vertreter der theologischen Wissenschaft tun und reden, er hat vielmehr an ernstere Dinge zu denken.

* **Wippermüller vor der Strafkammer.** Das Breslauer Schöffengericht hatte den Kaufmann, Restaurateur, Stellenvermittler, Häuermakler und wie er sich sonst nennt, Karl Wippermüller am 26. November v. J. wegen Betruges in zwei Fällen zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt. Aus der schriftlichen Urteilsbegründung ging hervor, daß Wippermüller Ende Juli 1906 bereits zum zweiten Male den Offenbarungseid geleistet hat. Trotz seiner völligen Mittellosigkeit ist er der eigentliche Inhaber einer Restauration am Wachtplatz. Damit sich seine Gläubiger aber nicht in irgend einer Art schadlos halten können, pflegt er andere vermögenslose Personen als Inhaber des Lokals vorzuschieben. Das nötige Betriebskapital pflegt er sich in der Weise zu beschaffen, daß er sich für den Tag und für die Nacht je einen Ausschänker hält, die 500 bis 600 Mk. und 1200 bis 1500 Mk. „Kaution" zu stellen haben. Gesucht werden diese Ausschänker vornehmlich durch Inserate im „Generalanzeiger", durch die ihnen glänzende Stellungen in Aussicht gestellt werden. Ihre Kaution können sie nach Beendigung ihrer zumeist nur kurze Zeit währenden Beschäftigungsdauer in der Regel nicht zurückerhalten, denn Wippermüller hat sie in seinem Geschäft verbraucht. Klage und Pfändung haben keinen Zweck, es ist schon vorgekommen, daß Wippermüller, nachdem Klage und Pfändung eines solchen Ausschänkers fruchtlos geblieben war, einen Vergleich anbot, nach welchem er seine Schuld in kleinen Raten tilgen wolle, wenn der andere von seiner Forderung etwas nachließe. In zwei Fällen war als erwiesen erachtet worden, daß die Ausschänker von vornherein unter betrügerischen Vorspiegelungen engagiert worden waren und wegen dieser beiden Fälle war die Verurteilung erfolgt. Gegen das Urteil hatte sowohl der Staatsanwalt als auch der Angeklagte Berufung eingelegt. Ersterer beantragte in dem jetzt vor der Strafkammer stattgefundenen Termin eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, da ein so gemeingefährliches Treiben mit einer Geldstrafe nicht gesühnt sei. Wippermüller wollte freigesprochen werden. Das Gericht beließ es bei den 600 Mark Geldstrafe.

* **Einen Heine-Abend** veranstaltet der Bildungsausschuß der Breslauer Arbeiter am Sonntag, den 16. Februar, Nachmittags 4½ Uhr, im Saale des Gewerkschaftshauses. In dem reichhaltigen Programm sind Lieder, Chorgesänge und Rezitationen von Gedichten Heinrich Heines vorgesehen, der sich in der Arbeiterwelt von jeher einer großen Beliebtheit erfreut hat. Außer den Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes werden Künstler und Künstlerinnen von Beruf das ihre zum Wohlgelingen der Veranstaltung beitragen. Der Eintrittspreis ist auf nur 20 Pfg. festgesetzt worden. Programme, die sämtliche Liedertexte enthalten, sind im Parteisekretariat, in der Expedition der „Volkswacht", im Arbeitersekretariat und im Gewerkschaftshause, sowie bei den Bezirks- und Distriktsführern und in den Bureaus der Gewerkschaften zu haben.

* **Die freie Jugendorganisation** hält am Sonnabend, den 8. Februar, Abends 8½ Uhr, im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Rückblick auf das Jahr 1907. 2. Tagesneuigkeiten. 3. Verschiedenes. Kollegen, erscheint alle!

* **Ein Lichtbildervortrag** („Max und Moritz") findet Donnerstag, den 6. Februar, Abends 7 Uhr, bei Poser, Hubenstraße, statt. Wir ersuchen die Genossen und Genossinnen, insbesondere aber die Jugend, recht zahlreich daran teilnehmen zu wollen. Eintrittsgeld für Erwachsene 15 Pf., für Kinder 5 Pf.

* **Humboldt-Verein für Volksbildung.** „Auf den Bergen", so betitelt sich der Unterhaltungsabend für Mitglieder, der Donnerstag, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, im großen Konzerthaussaale stattfinden wird und für den bisher gewonnen sind: Frl. Nora Decarli von den vereinigten Theatern, Herr Otto Gerlach, ferner ein Waldhornquartett und ein Zithervirtuose. Außerdem wird Herr Bernhard Baer, Lehrer der Tanzkunst, mit einer Anzahl Damen aus der Gesellschaft durch Vorführung eines Gebirgsländlers den Abend verschönen; es ist also für reichste Abwechselung gesorgt. Saalkarten sind gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte zu 40 Pf. bei Herren Preuß u. Jänger, Ring 52, und Bernhard, Sadowastr. 60 hochp., zu haben, Logenkarten zu 60 Pf. nur bei letztgenanntem Herrn.

* **Zur Warnung vor Bilder-„Künstlern" und „Kreidezeichnern"** möge ein Prozeß dienen, der in den letzten Tagen die Berliner Strafkammer beschäftigte. Aus der Untersuchungshaft wurden der Handlungsgehilfe Kurt Penschke und der Maler Oswald Hielscher vorgeführt, die sich wegen gemeinschaftlichen Betruges und schwerer Urkundenfälschung in etwa 60 Fällen, letzterer auch im rückverschärfenden Rückfalle verantworten mußten. Beide Angeklagte stammen aus angesehenen Familien und sind, jeder auf seine Art, sehr tief gesunken. Hielscher ist wegen ganz gleicher Bilderschwindeleien wiederholt zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt worden, während Penschke als Warenhausdieb verurteilt wurde und dann den „Beschützer" einiger Passantinnen der Friedrichstraße spielte. Als diese Geschäfte nicht mehr genügend einbrachten, gründeten die beiden edlen Seelen die „Kunstanstalt Elite", für welche weder Betriebskapital, noch Handwerkszeug oder Geschäftsräume erforderlich waren. Sie verschafften sich von einer Vergrößerungsanstalt eine Bromsilbervergrößerung und gingen damit auf die Fahrt. Zu ihren Opfern hatten sich die Angeklagten Köchinnen, Dienstmädchen und sonstiges Hauspersonal ausgesucht. Unter dem Vorgeben, Angestellte des „Kunstinstituts Elite" zu sein, priesen sie den Mädchen ihre vorzüglichen und billigen Bromsilbervergrößerungen nach Photographien an, die inklusive von Rahmen zu dem Preise von 3 Mark geliefert würden. Durch das sichere Auftreten der Schwindler ließen sich eine große Anzahl Mädchen dazu verleiten, eine Bestellung zu machen und die von den Angeklagten verlangte Anzahlung von 1.50 und 2 Mark zu leisten. Nach einigen Tagen erschien der andere der Betrüger nochmals bei den Bestellerinnen und brachte die Photographie mit dem Bemerken zurück, daß die fertige Vergrößerung nach Zahlung des Restbetrages geliefert werde. Die sehr leichtgläubigen Mädchen zahlten auch noch diesen Betrag und müssen heute noch auf den Empfang der Bilder warten. Diese Schwindeleien verübten die Angeklagten in etwa sechzig Fällen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Penschke 1½ Jahre Gefängnis und gegen Hielscher 2½ Jahre Zuchthaus. Das Gericht erkannte gegen Penschke auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, zwei Jahre Ehrverlust, und gegen Hielscher auf 2½ Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

* **Der Eisgang auf der Oder** bereitet in diesem Jahre infolge des niedrigen Wasserstandes der Strombauverwaltung nicht geringe Schwierigkeiten, da sich fortgesetzt Eiszusammenschiebungen bilden, die bei steigendem Wasserstande ungemein gefährlich werden können. So bildete sich in den letzten Tagen eine solche Eisversetzung, die vom Strauchwehr aufwärts bis zur Schmiede von Zedlitz reichte. Es mußte eine energische Sprengtätigkeit auf beiden Seiten der Oder unternommen werden um das Eis in schmalen Wasserrinnen zum Abschwimmen zu bringen. Schuß auf Schuß erdröhnte, aber nur sehr langsam kam man vorwärts. Die Zerstörung der Versetzung auf eine Länge von etwa 200 Metern war das Werk eines Tages. Die oberhalb des Zoologischen Gartens abgesprengten großen Schollen bildeten am Strauchwehr bald wieder eine neue Versetzung, sodaß sich auch hier wieder Sprengarbeiten notwendig machen. Auf beiden Seiten der alten Oder sind große Eismassen aufgeschichtet und der niedrige Wasserstand gewährt nicht einmal den mitschwimmenden Schollen ausreichende Möglichkeit zum Abfluß.

† **Raubanfall.** Am 3. d. M. Nachmittags begab sich ein galizischer Fabrikarbeiter vom Hauptbahnhof nach Schebitz, um Arbeit zu suchen. Dort traf er zwei Landsmänner, für die er die Zeche bezahlen durfte. Dann begleiteten sie ihn nach Breslau. Auf freiem Felde fielen sie aber plötzlich über ihn her, mißhandelten ihn schwer und raubten ihm ein Portemonnaie mit 20 Mk. sowie zwei silberne Taschenuhren. Der Verletzte schleppte sich mühsam zur Stadt und suchte im Krankenhause der Barmherzigen Brüder Hilfe nach.

† **Vermißt** wird der 42 Jahre alte Tischlergeselle Wenzel Schwarzer, welcher Weinstraße 12 gewohnt hat. Er hat am 2. d. M. von seiner Frau und seinen 6 Kindern Abschied genommen und ist dann spurlos verschwunden. — Seit demselben Tage wird der 35 Jahre alte Arbeiter Richard Fiebia, Nadlergasse 21, vermißt. — Der 12 Jahre alte Knabe Walter Hegemann, Neudorfstraße Nr. 65, wird seit dem 3. d. M. vermißt.

* **Zusammenstoß.** Dienstag Nachmittag erfolgte auf der Schweidnitzerstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Lastwagen. Der zum Teil beladene schwere Lastwagen kreuzte in der Richtung der Karlsstraße und der Hummerei die Schweidnitzerstraße in dem Augenblick, als ein Motorwagen in der Richtung nach dem Ringe heransauste. Der Kutscher des Lastwagens vermochte nur noch seine Pferde vor dem Anprall zu schützen und der Führer des Motorwagens konnte gerade noch den Zusammenstoß durch starkes Bremsen mildern, aber doch zertrümmerte der Motorwagen die ganze Seite des Lastwagens, während an dem Motorwagen selbst keine bedeutenden Beschädigungen zu sehen waren. Verletzt wurde niemand.

† **Vom Omnibus überfahren.** Am 4. d. Mts., Abends, wurde auf der Ohlauerstraße ein etwa 60 Jahre alter Mann, der keinerlei Papiere bei sich hatte, durch einen Omnibus überfahren. In der Unfallstation auf der Karlsstraße wurde festgestellt, daß er einen Schlüsselbeinbruch und schwere Wunden im Gesicht erlitten hatte. Er wurde im Allerheiligen-Hospital untergebracht.

† **Diebstähle.** Von einem Handwagen wurde ein Paket mit Aermelfutter gestohlen. — Aus einer Remise auf der Klosterstraße wurde eine halbe Kiste Haselnüsse gestohlen. — Einem Mann wurde auf der Webskystraße ein Fahrrad Marke „Fx" gestohlen. — Aus einem Eisenbahnwagen wurden 50 Siebesäcke und ein Windeheber gestohlen.

Aus Schlesien und Posen.

Der Verrat am polnischen Volke.

Vor einiger Zeit bereits wurde in der „Volkswacht" treffend ausgeführt, wie die Erwählten des polnischen Volkes eben dieses Volk selge verraten wenn auch einmal ein Gesetz gemacht werden soll, das ihnen, den Großgrundbesitzern, Grafen usw. an den Kragen geht: das Enteignungsgesetz. Den Beweis hierfür liefert noch besser als das Verhalten des polnischen Wortführers im Abgeordnetenhause, des Abgeordneten von Dzierzbowski, ein Bericht des „Lech" über eine in Wongrowitz abgehaltene Einspruchsversammlung. Dort heißt es:

„Nach den vielversprechenden Aufrufen des Herrn von Brzeski-Krotoschin, der im Namen des Adels gesprochen und das polnische Volk versichert habe, daß der Adel mit den Bauern und Arbeitern (!) fest zusammenhalten wolle, habe man annehmen können, daß die Gutsbesitzer und Kaufleute den Worten Taten folgen lassen würden. Man sei aber enttäuscht gewesen. Außer dem Rittergutsbesitzer von Dombski-Gresin und drei bis vier bedeutenderen städtischen Bürgern hätten sich alle übrigen von dem Volke zurückgezogen und dadurch die Worte von Brzeskis Lügen gestraft. Unter diesen Umständen sei es auch kein Wunder, daß die Anwesenden lauten Einspruch gegen eine derartige Behandlung des Volkes durch den Adel und die Bürgerschaft erhoben hätten. Man habe gesagt, wenn das Volk sich nicht selbst um sich bekümmert hätte, wäre es von dem Adel völlig im Stich gelassen worden. Auch die Arbeiter müßten die ihnen erwiesenen Wohltaten anzuerkennen. Nun aber könnten die Arbeiter zum Adel kein Vertrauen mehr haben. Die Kaufleute verlangten, daß man sie unterstützen solle. Mit welchem Recht? Wie könnten sie nur derartiges verlangen, wenn sie sich um das polnische Volk nicht kümmerten? Die polnischen Kaufleute seien Taschenpatrioten; sie seien jeglicher Bruder- und Vaterlandsliebe bar. Wenn die Zeit der Wahlen wiederkomme, dann würden die Herren um das Vertrauen des Volkes werben, sie würden dann in den Wählerversammlungen zahlreicher als die Arbeiter vertreten sein. Die Arbeiter würden sie aber an die Straßenversammlung erinnern und ihnen sagen, wie man damals von den Arbeitern nichts habe wissen wollen, so wollten die Arbeiter auch von ihnen nichts wissen. Die Arbeiter würden schon ohne die Herren fertig werden."

Wenn das polnische Volk diese Einsicht nur einmal gewinnen wollte! Noch interessanter ist das Verhalten des polnischen Abgeordneten von Janiszewski, der ebenfalls zu der Versammlung eingeladen, aber nicht erschienen war. Statt dessen sandte dieser Erwählte des polnischen Volkes ein Schreiben des Inhalts, „daß er nicht nur zur Versammlung nicht erscheinen werde, sondern auch von der Abhaltung derselben abrate. Die Einberufung von Versammlungen in den jetzigen Zeiten sei nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch ein auf polnischem Boden verübtes Verbrechen. (!) Wer könne dafür Garantie leisten, daß es in den gegenwärtigen aufgeregten Zeiten nicht zu Ausschreitungen komme, die von den Gegnern nur zu um so eifrigerer Enteignung ausgenützt werden würden. Unter den Deutschen würden immer mehr polenfreundliche Stimmen laut; durch taktvolles und ruhiges Vorgehen könnten die Polen jetzt mehr erreichen, als durch Proteste und Demonstrationen."

Worin unterscheidet sich denn dieser polnische Volksvertreter eigentlich noch von einem preußischen Landrat? Ein solcher Führer des polnischen Volkes, der alles Heil von — dem Gegner erwartet, dieses Faktum findet nur noch sein Gegenstück in der Angst vor einer etwaigen Demonstration, die einem waschechten Freisinnsmann alle Ehre machen würde.

—y. **Brieg**, 3. Februar. Generalversammlung des Wahlvereins. Der Parteivorsitzende Genosse Ernst Manns gibt bekannt, daß von den zum Kreise gehörigen Filialen nur Leubusch vertreten ist. Der Kassierer Genosse Reiche legte die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 vor, nach welcher mit dem Bestande vom 3. Quartal 73.47 Mark eine Einnahme von 227.57 Mark und eine Ausgabe von 155.46 Mark zu verzeichnen ist. Es werden 72 Mark für 1908 übertragen. Diese Abrechnung gilt jedoch nur für die Stadt Brieg. Da die Abrechnungsformulare zu spät versandt worden sind, konnten die Filialen nicht rechtzeitig abrechnen und wird diese Abrechnung für die nächste Versammlung vertagt. Die Mitgliederbewegung ist folgende: Ende 3 Quartal 266, Ende 4. Quartal 258 mithin ein Abgang von 8 Mitgliedern. Der Abonnentenstand betrug im 3. Quartal 553, Ende des 4. Quartals 520, also eine Abnahme von 33. Diese 33 Leser bestehen aus Maurern, welche hier bloß über die Sommerperiode wohnen. Ist der Abonnentenstand auch hier gar ansehnlicher, so immerhin noch viel zu niedrig in Hinsicht auf die große Masse der arbeitenden Bevölkerung. Daher müssen hier die Genossen noch tüchtig arbeiten, um den Abonnentenstand wenigstens der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gleichzustellen. Bei der Vorstandswahl wurden die Genossen Ernst Manns als 1. Vorsitzender, G. Pollack als 2. Vorsitzender, Karl Rychlicki als Kassierer, Otto Schneider als zweiter Kassierer, Johann Pollack als Schriftführer, Hermann Röppert als stellvertretender Schriftführer und Bibliothekar und die Genossen Plewan, Schmidt und Geike als Revisoren gewählt.

Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen gaben Anlaß zu einer eingehenden Besprechung. Genosse Kramer erzählte, daß dieses Jahr in Klein- und Groß-Leubusch, Mojeiche, Scheidelwitz Neuwahlen stattfinden, an welchen wir uns beteiligen müssen, da es in diesen Gemeinden nach dem Vorbild von Klein-Leubusch aussichtsvoll ist, Genossen in den Gemeinderat hineinzuschicken. Leider seien aber die Leubuscher Genossen für ihren Ort so in Anspruch genommen, daß sie die übrigen Ortschaften nicht agitatorisch bearbeiten können und er ersuche daher, die Brieger Genossen möchten dieses in die Hand nehmen. Dieser Antrag wurde angenommen. Gleichzeitig wurde den Brieger Genossen ans Herz gelegt, beim Eindfange des neuen Steuerzettels darauf zu sehen, ob sie auch richtig eingeschätzt sind und wo dies nicht der Fall, sofort die Nachtragung in eine höhere Klasse zu beantragen, um sich so das Wahlrecht für die Wahlen zu sichern. Genosse Kokott regt an, man solle zwecks Erlangung eines Lokals dahin arbeiten, daß alle Gewerkschaftler sowie organisierten Arbeiter ständig in einem Lokale verkehren, um so ein festes Band zu knüpfen und im geeigneten Augenblick den Wirt um Uebergabe des Lokals zu öffentlichen Versammlungen aufzufordern. In diesem Zwecke beantrage er eine Kommission von 3 Mitgliedern zu wählen, welche mit dem Gewerkschaftskartell die nötigen Vorarbeiten besorgen soll. Von vielen Genossen werden die weitgehendsten Bedenken gegen diesen Antrag vorgebracht, doch wurde schließlich der Antrag angenommen und die Genossen Bartelmann, Heibe und Kokott in die Kommission gewählt.

— 1. Quittung für den Baufonds zum eigenen Heim: Gesammelt in der Versammlung 5.20 Mk. Liste 6 durch Gottlieb Pollack 6.75 Mark. Liste 7 durch Karl Geike 10.40 Mark. Liste 8 durch Rychlicki 8.80 Mark. Summa 30.65 Mark.

Brieg, 5. Februar. Die Not. Auf dem zum Rittergute Lossen gehörigen Dominium Waldvorwerk warf eine Magd ihr anderthalbjähriges uneheliches Kind in den dortigen Teich und ertränkte sich dann selbst. Von ihren auf demselben Dominium in Dienst stehenden Eltern hat sie in einem Schreiben Abschied genommen und sie wegen der Verzweiflungstat um Verzeihung gebeten. Die Leichen sind aufgefunden worden.

Brieg, 5. Februar. Stubenbrand. Gestern Vormittag entstand in der Wohnung des Schneiders Daniel auf der Mühlstraße Feuer, das außer der Dielung auch noch zahlreiches Möbel schwer beschädigte. In der Wohnung war zurzeit niemand anwesend und haben Nachbarn sofort die Feuerwehr alarmiert, welche Schwierigkeiten hatte, in die Wohnung zu gelangen. Doch konnte der Brand bald gelöscht werden, so daß die Eigentümer vor größerem Schaden bewahrt blieben. Das Feuer ist durch herausfallende Kohle aus dem Ofen entstanden.

— Diebstahl. Ein hiesiger Fabrikarbeiter wurde von einem Schlafburschen, mit welchem er das Zimmer teilte, bestohlen und zwar hat dieser seinen fast neuen Winterüberzieher mitgenommen. Der Winterüberzieher hat grünkarriertes Futter. Der Dieb soll ein gewisser Josef Stephan sein und aus Oesterreich stammen. Da in letzter Zeit schon mehrere solcher Diebstähle durch Schlafburschen vorgekommen sind, so wäre ein wenig mehr Vorsicht geboten.

Oels, 5. Februar. Vom Bullen getötet. Ein Knecht des Dominiums Schmollen wurde von einem wütenden Bullen angefallen und gegen eine Bretterwand geschleudert, so daß ihm die Gehirnschale eingedrückt wurde. Unter qualvollen Leiden verstarb der Bedauernswerte nach wenigen Stunden.

Schweidnitz, 5. Februar. Arbeiters Schicksal. Beim Verladen von Baumstämmen des Sägewerkes von Liebich u. Keinpinsky in Breitenhain, rollte ein Baumstamm ab und begrub den Brettschneider August Scholz unter sich. Dem Bedauernswerten wurden beide Beine zermalmt. Er wurde alsbald dem Krankenhause Bethanien in Schweidnitz zugeführt, wo er bedenklich darniederliegt.

Wüstewaltersdorf, 6. Februar. Plötzlicher Todesfall. Am Dienstag früh wurde der hiesige Postmeister Fitzau im Treppenhause vor seiner Wohnung tot aufgefunden. Fitzau war bis Mitternacht im Kegelklub anwesend. Es ist anzunehmen, daß F. beim Steigen auf der Treppe einen Schwindelanfall bekommen hat, wobei er rückwärts die Treppe heruntergefallen ist und durch die Schwere seines Körpers (etwa 3 Zentner) so stürzte, daß ein Herzschlag erfolgte.

—r. **Waldenburg**, 4. Februar. Auch ein Opfer des Militarismus. In einem Dorfe unseres Kreises lebt eine arme Witwe von 61 Jahren in bitterster Not. Die Stütze ihres Alters, ein kräftiger Sohn, liegt unter dem Rasen. Als Soldat wurde er im Jahre 1899 bei einer Schießübung aus Versehen erschossen. Diese gefährliche Uebung mit den Gewehren war bei starkem Nebel vor sich gegangen, wie der verantwortliche Offizier damals selbst zugab. Die Mutter hatte nach dem Militär-Pensionsgesetz Anspruch auf dauernde Pension von 250 Mark jährlich. Im ersten Jahr nach dem Unfall erhielt sie auch diesen Betrag. Im zweiten Jahre waren es schon 50 Mark weniger und das ging so weiter, bis die Bedauernswerte nach Ablauf von fünf Jahren nichts mehr bekam. Der Vater Staat muß wohl geglaubt haben, daß durch die allmähliche Entziehung der Pension die Frau das Hungern soweit gelernt haben könnte, daß sie derselben nicht mehr bedürfe. Der Militärfiskus hat nicht beachtet, daß die Bedürftigkeit der armen Frau in derselben Weise zunahm, in der die ihr zustehende Pension gekürzt wurde. Zunehmendes Alter bedeutet abnehmende Erwerbsfähigkeit und es ist unverzeihlich, wenn der Staat, der doch sonst nicht so knickerig ist, der armen Soldatenmutter jede Hilfe entzieht und sie dem Elend preisgibt. Hier hätte die Ortsbehörde Hand anlegen müssen, um der Frau zu ihrem Rechte zu verhelfen. Kein Geschenk auf dem Gnadenwege, sondern das gesetzliche Recht stand ihr zu, und weil sie das nicht erlangte, wird sie der Armenpflege zur Last fallen. Der Militärstaat aber schreitet weiter über die Leichen seiner Opfer. Er läßt sich durch solche Kleinigkeiten nicht aus der Rolle bringen, die er bekleidet: „Der Schutz und Hort des ganzen Volkes zu sein". Wir meinen aber, daß er diese angebliche Aufgabe nicht im geringsten erfüllt, wenn er auf der einen Seite eine Frau erst ihres Kindes beraubt und sie dann durch Entziehung ihrer Pension in das Armenhaus treibt — auf der anderen Seite aber Summen von 20—35,000 Mark an Generäle als jährlichen Wohnungsgeldzuschuß zahlt.

Glogau, 5. Februar. Das wahre Gesicht des Fiskus. Auf dem Dominium Kuttlau im Kreise Glogau, das bekanntlich seinerzeit vom Fiskus angekauft und an den bisherigen Eigentümer verpachtet worden ist, sind bereits seit mehreren Wochen 18 polnische Männer und 7 polnische Frauen in Arbeit getreten. Der Ankauf des Dominiums wurde damals mit der „Polengefahr" im Kreise Glogau begründet.

Für den Fiskus hat die Polenbekämpfung dann immer keine Bedeutung, wenn es sich um den Profit handelt, der aus der polnischen Bevölkerung herausgewirtschaftet werden kann.

—er. **Neisse**, 5. Februar. Eine Diebin in Männerkleidung. Der Polizeisergeant Szodrok besitzt in Mährengasse ein Gartengrundstück. Schon lange hatte er bemerkt, daß ihm größere Posten Nutz- und Brennholz abhanden gekommen waren, ohne dem Diebe auf die Spur zu kommen. Am 2. Februar bemerkte er im Schnee Fußspuren, die über die Felder zur Stellenbesitzerin Frau Weiß führten, die noch in voller Männerkleidung mit Beiseiteschaffen des gestohlenen Holzes beschäftigt war. Auf Vorhalten gab sie die Diebstähle ohne weiteres zu. Große Mengen gestohlenen Holzes wurden in ihren Räumen vorgefunden.

Beuthen OS., 6. Februar. Wenn ausländische Arbeiter in Deutschland arbeiten. Auf dem Ludwigsschacht der Ferdinandgrube verunglückten zwei galizische Arbeiter durch zu Bruche gehende Kohle. Beide wurden getötet. Die Leichen wurden in das Kattowitzer Knappschaftslazarett gebracht.

Kattowitz, 5. Februar. Der Herr von Kattowitz. Das ist nämlich der erste Bürgermeister Pohlmann, der als Kommunaloberhaupt seinen Einfluß nach allen Seiten zu begründen versucht. So hatte Herr Pohlmann kürzlich den ganzen ersten Rang im Stadttheater gemietet und die Vorstellung ohne Rücksicht auf die übrigen Theater-Besucher eine Stunde früher beginnen lassen.

Ein Gastwirt kam nun dieser Tage auf eine entzückende Idee. In der „Kattowitzer Zeitung" las man nämlich folgendes Inserat:

„Bitte an Herrn Theaterdirektor Raul. Läßt sich der Beginn der Theatervorstellung am Mittwoch nicht auf 7 Uhr festsetzen? Ich habe nämlich Schweineschlachten und möchte möglichst bald wieder zu Hause sein."

Wie sollte der biedere Wirt das auch nicht verlangen können. Die Rechtsgleichheit gilt doch auch für Kattowitz. Jedenfalls hat er dem ergebenen Theaterdirektor Raul und dem Bürgermeister Pohlmann seine Meinung gehörig unter die Nase gerieben.

Groß-Strehlitz, 5. Februar. Zwei Verkäuferinnen erstickt. In der Nacht von Montag auf Dienstag sind hier zwei Verkäuferinnen aus der Filiale Kaisers Kaffeegeschäft durch ausströmendes Gas erstickt.

—r. **Posen**, 6. Februar. Großfeuer. Ein gewaltiger Dachstuhlbrand entstand am Mittwoch Vormittags gegen 1/2 12 Uhr in dem Hause Große Berlinerstraße, Ecke Hohenzollernstraße. In kurzer Zeit brannte bereits der größte Teil des Dachstuhls des großen Eckhauses und der turmartige Aufbau an der Ecke desselben. Die Feuerwehrmannschaften gingen sowohl über die Treppengänge sowie über die beiden großen Rettungsleitern gegen das Feuer vor, dessen Kraft nach einstündiger Arbeit gebrochen war. Besondere Gefahr brachten die vielen Dachsteine, die von dem steilen Dach mit lautem Knall auf die Straße herabfielen; durch sie wurde ein Feuerwehrmann leicht verletzt.

Ostrowo, 5. Februar. Ein mutiger Offizier. Beim Brande des Martin-Stiftes wurde unter den das Feuer umstehenden die Nachricht verbreitet, daß sich noch eine alte Frau in den Flammen befinde. Da stürzte sich mit Gefahr seines Lebens Leutnant Schmitz vom 155. Infanterie-Regiment in das Gebäude. Seine kühne Tat gelang. Nach langer schwerer Pause erschien er mit der Greisin auf dem Arme im Freien. Besonders erwähnenswert ist noch, daß Leutnant Schmitz die Rettungsmedaille am Bande bereits besitzt. Er erhielt sie dafür, daß er zwei Soldaten unter schwerster eigener Gefahr vor dem Tode des Ertrinkens rettete.

Gnesen, 5. Februar. Erschossen hat sich im Hause seiner Eltern der Eisenbahnassistent Kollander von hier. Er litt an einer unheilbaren Magenkrankheit und griff voll Verzweiflung zum Revolver. Der tödliche Schuß saß in der rechten Schläfe. Mit welcher Ueberlegung der Selbstmörder zu Werke ging, ersieht man aus dem Umstande, daß er, um das Bett nicht zu beschmutzen, einen Pappkarton unter die rechte Schläfe stellte, durch welchen das Blut abgefangen wurde. K. stand im 33. Lebensjahre.

Schwerin a. W., 6. Februar. Tödlicher Unglücksfall. Bei Abbruchsarbeiten in der Krummen-Straße stürzte ein Stück Mauer ein und traf drei Personen. Eine Frau wurde von den Steinen sofort getötet, während das Patula'sche Ehepaar schwer verletzt wurde.

Rawitsch, 6. Februar. Unter dem Dreiklassenwahlsystem. Die Ersatzwahl für den verstorbenen Landtagsabgeordneten Stadtrat Schmidt in Rawitsch wird im Wahlkreise Lissa-Fraustadt-Rawitsch-Gostyn noch in diesem Monat stattfinden. Die Wahl der Wahlmänner findet am 22., die des Abgeordneten am 29. Februar statt.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

B., Schulzenwiese. Schulden für Kleidungsstücke verjähren in zwei Jahren; sind die Sachen für den Gewerbebetrieb des Schuldners gekauft worden, so beträgt die Verjährungsfrist 4 Jahre.

B. N., Brieg. Sie werden die Bilder in etwa 10 Tagen erhalten. Besten Gruß.

W., Brieg. Die Firma war berechtigt, Sie in der Kasse abzumelden, Sie aber mußten sich sofort als freiwilliges Mitglied anmelden, dann hätte man Sie nicht abweisen dürfen.

L., Alt-Lässig. Die Beiträge Ihrer Frau werden innerhalb eines Jahres nach der Verheiratung erstattet, wenn vor Eingehung der Ehe mindestens 200 Marken geklebt worden sind.

H. P. in N. Ist vierteljährliche Kündigung vereinbart, so müssen die Erben, wenn der Mieter jetzt verstorben ist, die Miete bis 30. Juni d. J. zahlen. (§ 569 des B. G.-B.)

N., Bunzlau. „Der Glockenguß zu Breslau", das bekannte Gedicht von Wilhelm Müller, behandelt eine Sage, die sich auf eine wirkliche Begebenheit nicht stützen kann.

T. W. Die Bestellung können Sie nicht ohne weiteres rückgängig machen. Wir können Ihnen und allen unseren Lesern nur den Rat geben, beim Abschluß von Kaufverträgen, Entnahme von Waren gegen Abschlagszahlung usw. recht vorsichtig zu sein, damit unnötiger Schaden und Aerger vermieden wird.

E., Neisse. Bescheid erhalten, die Sache wird anderweitig erledigt.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Sonnabend, den 8. Februar:

Buchbinder. Generalversammlung. Zimmer 3 u. 4.

Zimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Sonntag, den 9. Februar:

Fliesenleger. Generalversammlung. Vormittags 10 Uhr. Zimmer Nr. 6.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Volkswacht"-Agitation.

Sonntag, den 9. Februar findet eine Agitation für die „Volkswacht" von dem Lokal „Lindenblüte", Königgrätzerstraße 10 aus, statt. Alle Genossen, die Interesse für die Ausbreitung unserer Presse haben, werden gebeten, daran teilzunehmen und pünktlich Morgens 8 Uhr zu erscheinen.

An die Bezirksführer!

Der nächste Zahlabend ist Montag, den 10. Februar. Ist es schon Pflicht eines jeden Mitgliedes, an dieser monatlichen Zusammenkunft aller Genossen teilzunehmen, so haben die Bezirksführer mit gutem Beispiele vorangegehen und in jedem Falle mit dem nötigen Material pünktlich auf dem Posten zu sein. Fehle niemand!

Distrikt 9a.

Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder bei Hauff, Enderstraße. Sämtliche Bezirksführer haben zu erscheinen.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Sonnabend, den 8. Februar, Abend 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer im Distriktslokal. Die Bezirksführer werden ersucht, pünktlich zu erscheinen oder Stellvertreter zu schicken.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Land-Distrikt 4.

Bezirk Kleinburg. Sonntag, den 9. Februar, Vormittags von 10 bis 12 Uhr: Zahltag bei Geier.

Land-Distrikt 11 (Deutsch-Lissa und Umgegend).

Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 11 Uhr: Zusammenkunft aller Mitglieder im bekannten Lokal.

Land-Distrikt 12 (Pöpelwitz).

Montag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr: Zahlabend bei Fuchs, Pöpelwitzstraße 36.

Waldenburg. Verband der Maler ꝛc. Sonnabend, den 8. Februar, Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Schützenhause". Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Interne Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Kollegen, erscheint alle.

Kattowitz. Diskussionsabend. Freitag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr: Rednerübungs- und Diskussionsabend für Metallarbeiter im Gewerkschaftslokal.

Kattowitz. Metallarbeiter-Verband. Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 4 Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag.

Königshütte. Diskussionsabend. Sonnabend, den 8. Februar, Abends 7½ Uhr: Rednerübungs- und Diskussionsabend für Metallarbeiter im Gewerkschaftslokal.

Königshütte. Metallarbeiterverband. Sonntag, den 9. Februar, Vormittags 11½ Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag: „Wirtschaftspolitik".